Wie sicher ist Betongeld? S. 20

Mittelstands Magazin

www.mitmagazin.com
G 1480
11
2010
4,– €

INFORMATIONEN UND FORUM FÜR MITTELSTAND, WIRTSCHAFT UND MANAGEMENT

ARD + ZDF
GEZ: Die Abzocke geht weiter

AUTO-TEST
Empfehlungen für Mittelständler

KREUZFAHRT
Glücksmomente auf der Mosel

Die Union vor einer Richtungsentscheidung

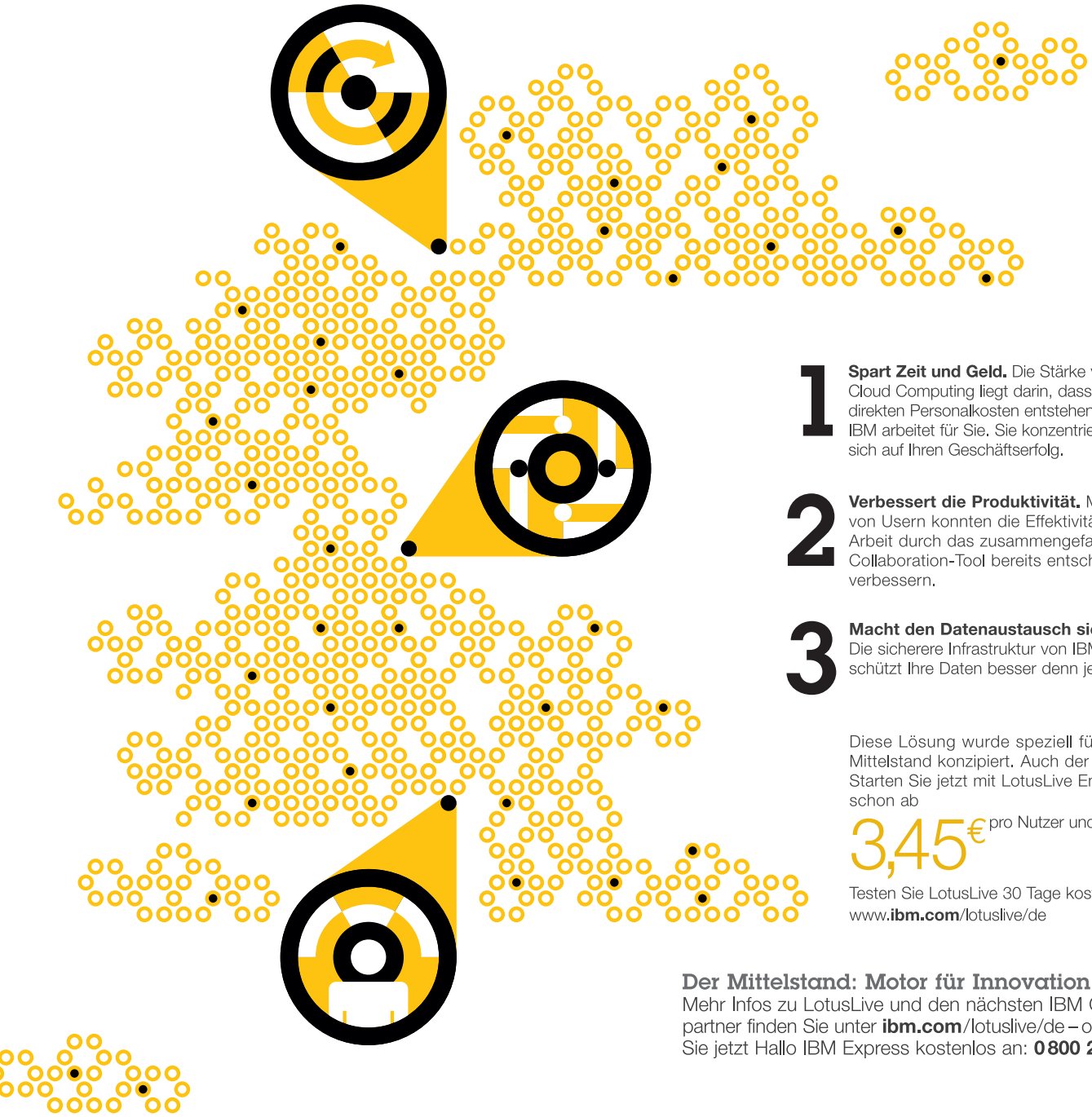
Die mit dem Wind gehen

CDU-PARTEITAG
Profildebatte in Karlsruhe

Smarte Ideen für den Mittelstand

Wie sich mittelständische Unternehmen weltweit besser vernetzen können.

Mit IBM LotusLive können mittelständische Unternehmen jetzt völlig neue Wege gehen, um sich zu vernetzen und Innovationen voranzubringen. Denn dank dieses integrierten Collaboration-Tools konzentrieren Sie sich ganz auf das Wachstum Ihres Unternehmens, statt die unterschiedlichsten Anwendungen zu kontrollieren. Sie benötigen keine zusätzliche Hard- oder Software. Nur einen Browser. Denn dieser Cloud-basierte Service vereint unter anderem E-Mail, Online-Meetings und soziale Netzwerke – und bietet ein hohes Maß an Sicherheit für interne und externe Kommunikation. Mit diesem leistungsstarken Tool können mittelständische Unternehmen Entscheidungen besser abstimmen und das Business intelligenter gestalten. Entdecken Sie die Vorteile:



1 **Spart Zeit und Geld.** Die Stärke von Cloud Computing liegt darin, dass keine direkten Personalkosten entstehen. IBM arbeitet für Sie. Sie konzentrieren sich auf Ihren Geschäftserfolg.

2 **Verbessert die Produktivität.** Millionen von Usern konnten die Effektivität ihrer Arbeit durch das zusammengefasste Collaboration-Tool bereits entscheidend verbessern.

3 **Macht den Datenaustausch sicherer.** Die sicherere Infrastruktur von IBM schützt Ihre Daten besser denn je.

Diese Lösung wurde speziell für den Mittelstand konzipiert. Auch der Preis: Starten Sie jetzt mit LotusLive Engage schon ab

3,45€ pro Nutzer und Monat.*

Testen Sie LotusLive 30 Tage kostenlos.
www.**ibm.com**/lotuslive/de

Der Mittelstand: Motor für Innovation.
Mehr Infos zu LotusLive und den nächsten IBM Geschäftspartner finden Sie unter **ibm.com**/lotuslive/de – oder rufen Sie jetzt Hallo IBM Express kostenlos an: **0 800 2050 900****

Besuchen Sie unsere aktuelle Veranstaltungsreihe
IBM Breakfast Briefings Kompakt 2010
Informieren. Inspirieren. Diskutieren – jetzt anmelden!
Infos und Anmeldung: ibm.com/de/events/breakfast

IBM®

*Unverbindliche Preisempfehlung inkl. MwSt. pro Nutzer und Monat für die Nutzung von LotusLive Engage Host für bis zu 15 Nutzer bei einer Vertragslaufzeit von mind. 1 Jahr. IBM behält sich das Recht vor, dieses Angebot ohne Vorankündigung zurückzuziehen oder zu modifizieren.**Hallo IBM Express: nur innerhalb Deutschlands kostenfrei, Montag bis Freitag von 8.30 bis 18.00 Uhr. Die Vermittlung erfolgt über den IBM Geschäftspartner. Die Preise von IBM Geschäftspartnern können von dem hier gezeigten Preis abweichen. IBM, das IBM Logo, ibm.com, das Bildzeichen des Planeten, IBM Express Advantage sind Marken oder eingetragene Marken der International Business Machines Corporation in den Vereinigten Staaten und/oder anderen Ländern. Intel, das Intel Logo, Intel Core, Core Inside, Intel Inside, das Intel Inside Logo, Xeon und Xeon Inside sind Marken oder eingetragene Marken der Intel Corporation oder ihrer Tochtergesellschaften in den Vereinigten Staaten und/oder anderen Ländern. Andere Namen von Firmen, Produkten und Dienstleistungen können Marken oder eingetragene Marken ihrer jeweiligen Inhaber sein.
© 2010 IBM Corporation. Alle Rechte vorbehalten.
O&M IBM S 19/10

NACH VORN ZU EINER KONSERVATIVEN POLITIK

Glaubwürdig, prinzipientreu und standfest

Dr. Josef Schlarmann ist Bundesvorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU und Mitglied im Bundesvorstand der CDU. Er arbeitet als Wirtschaftsprüfer, Steuerberater und Rechtsanwalt in Hamburg

In einer Zeit, in der die Politik der Union zwischen Programm und Pragmatismus hin und her schwappt und immer öfter das Pragmatische die Oberhand behält, fühlen sich Konservative häufig an den Rand gedrängt, in stetiger Defensivhaltung den nächsten Angriff der vermeintlich Fortschrittlichen erwartend. „In der Unionsführung scheint die Vorstellung verbreitet, Konservative seien einfach nicht imstande, mit den Zumutungen der Moderne zu Rande zu kommen, also irgendwie zurückgeblieben," schrieb die FAZ dieser Tage.

Dem setze ich ein schon älteres Zitat von Franz-Josef Strauß und eines aus jüngsten Tagen von Helmut Kohl entgegen. Strauß sagte gern, dass die Konservativen an der Spitze des Fortschritts marschieren. Für Helmut Kohl sind die Begriffe fortschrittlich und konservativ zwei Seiten ein und derselben Medaille. In der Tat hat konservativ sein nichts mit Politik nach Gutsherrenart zu tun. Diese nämlich ist paternalistisch-restaurativ. Das Hauptanliegen der Konservativen hingegen ist der Schutz des Individuums, der Persönlichkeit, vor Kollektivismus jeder Art. Die größte Bedrohung für den Konservatismus im 20. Jahrhundert war der totalitäre Zugriff im Nationalsozialismus und im Sozialismus osteuropäischer Prägung. Wer sich gegen solche Tendenzen wehrte und wehrt, ist ein Konservativer.

Die Soziale Marktwirtschaft ist ein konservatives Konzept mit Wurzeln in der protestantischen Wirtschaftsethik und der katholischen Soziallehre. Alle Väter der Marktwirtschaft waren Wertkonservative, die Freiheit und Verantwortung immer als Einheit betrachtet haben. Konservative orientieren sich an der Realität, nicht an Visionen und Ideologien. In diesem Sinne ist zum Beispiel die Energiepolitik der Bundesregierung keine konservative Politik, denn sie ist weder realistisch noch frei von Ideologie.

Konservative halten nicht an überholten Strukturen fest. Solche jedoch bestehen in der Sozialpolitik.

Jedes Solidarsystem erfordert eine Balance zwischen Leistungsträgern und Hilfsbedürftigen. Großzügige Leistungen und offene Grenzen haben die Zuwanderung in unsere sozialen Sicherungssysteme ins Uferlose anschwellen lassen. Einer zurückgehenden Zahl von Leistungsträgern steht eine wachsende Zahl von Anspruchstellern gegenüber. Nach einer Berechnung der Ratingagentur Standard & Poors soll die Staatsverschuldung in Deutschland ohne Reformen in der Finanz-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik von derzeit 75 Prozent des BIP auf 155 Prozent im Jahr 2030 und auf 400 Prozent im Jahr 2050 ansteigen. Das Solidarsystem steht schon jetzt vor dem Kollaps – neu ist diese Erkenntnis nicht. Dennoch bleibt die Reaktion der Politik aus, das Thema wird tabuisiert. Erst seitdem Sarrazin den Finger in eine der Wunden gelegt hat, ist eine Diskussion in Gang gekommen. Konservative Politik bestünde darin, das Solidarsystem zum Nutzen aller neu auszutarieren – zum Beispiel auch um die jährlich 120.000 hochqualifizierten Emigranten, die unser Land verlassen, hier zu behalten.

Konservative Politik steht für Verlässlichkeit und solide Staatsfinanzen. Die große Koalition aus Union und SPD hat trotz steigender Steuereinnahmen wegen höherer Sozialausgaben den Haushaltsausgleich nicht geschafft. Im Vergleich dazu war die Vereinbarung im Koalitionsvertrag zwischen Union und FDP von 2009, die Haushaltskonsolidierung durch Wirtschaftswachstum und Ausgabenkürzung bei gleichzeitiger Steuersenkung zu erreichen, geradezu ein Quantensprung. Leider kam es nicht dazu. Die Regierung hat inzwischen einen Strategiewechsel mit Steuer- und Abgabenerhöhungen in den Bereichen Energie, Finanzen, Luftverkehr und Gesundheit vollzogen. Dies ist keine konservative Politik, wie sie im Koalitionsvertrag vereinbart war. Dies ist eine Politik des Interventionismus, Fiskalpolitik in Reinkultur, die mit den wirtschaftsliberalen und wertkonservativen Wurzeln der Union nichts gemein hat.

Was wir brauchen, ist eine Ordnungspolitik, die soziale Verantwortung stärkt, denn Sozialpolitik im konservativen Sinne muss die Menschen befähigen, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen. Sie darf sie nicht bevormunden und als Almosenempfänger in die Abhängigkeit des Staates treiben.

Die Union kann verlorene Wähler und verspieltes Vertrauen wieder zurückgewinnen, wenn sie zurückfindet zu ihren Wurzeln und nicht länger der Demoskopie hinterher hechelt. Sie braucht dazu Profil, Selbstbewusstsein, einen stimmigen inneren Kompass und eine Führung, die den Takt vorgibt. ***Glaubwürdig, prinzipientreu und standfest.***

Die Seite-4-Karikatur

Gestern in Kreuzberg

Weisheiten

Der Mittelstand nur ist der wahre Bürgerstand, für Zucht und Ordnung wachend, die das Volk gebot.

Euripides, Schutzflehende 244

In allen Staaten nun gibt es nur drei Klassen von Bürgern : Sehr reiche, sehr arme und drittens solche, die zwischen beiden in der Mitte stehen. Da also die Voraussetzung gilt, dass das Gemäßigte und das Mittlere das beste sei, so sieht man, dass auch in Bezug auf die Vermögensverhältnisse der mittlere Besitz von allen der beste sei. Ein solcher Vermögensstand gehorcht am leichtesten der Vernunft.

Aristoteles, Politik, 4,11

Sagt, wo steht in Deutschland der Sansculott*? In der Mitte. Unten und oben besitzt jeglicher, was ihm behagt.

Goethe und Schiller, Xenien, Die drei Stände

** proletarischer Revolutionär der Französischen Revolution*

Handel ist ein sozialer Akt. Wer es unternimmt, dem Publikum irgendeine Art von Gütern zu verkaufen, tut damit etwas, was die Interessen anderer und der Gesellschaft im allgemeinen betrifft.

John Stuart Mill

JUNG v. MATT

Sparkassen-Finanzgruppe

Der perfekte Partner für Ihren Erfolg.

Das Sparkassen-Finanzkonzept.

Managen Sie Ihre Finanzen clever mit dem Sparkassen-Finanzkonzept. Als einer der größten Mittelstandsfinanzpartner bieten wir unseren Kunden kompetente und umfassende Beratung. Von Finanzierungslösungen über Risikomanagement bis hin zur Nachfolgeregelung: Wir finden für jedes Anliegen die maßgeschneiderte Lösung. Testen Sie uns jetzt! Mehr Infos bei Ihrem Sparkassenberater oder auf www.sparkasse.de. **Wenn's um Geld geht – Sparkasse.**

WWF
for a living planet®

Zum Aussterben geboren
5 Euro, damit sie leben.
Retten Sie mit:
wwf.de

TIGER
81190

Schon mit 5 Euro im Monat schützen Sie das Leben und den Lebensraum der letzten 3.200 frei lebenden Tiger. Mehr Infos unter: wwf.de Einmalig spenden an den WWF: Konto 2000, Bank für Sozialwirtschaft Mainz, BLZ 550 205 00. Stichwort: Tiger. Oder per SMS*.

*Eine SMS kostet 5 Euro, davon gehen 4,83 Euro direkt an den WWF. Kein Abo; zzgl. Kosten für eine SMS.

POLITIK

3 **EDITORIAL**
MIT-Bundesvorsitzender Josef Schlarmann, bekennender Konservativer beschreibt das Profil-Defizit der Bundesregierung

4 **Unsere Seite4-Karikatur**
... diesmal der Integrationspolitik gewidmet; außerdem: historische Weisheiten und Wahrheiten zum Mittelstand

8 **„Wir dürfen nicht mit dem Wind gehen“**
Nach der CSU, die ihren Parteitag Ende Oktober abhielt, ist Mitte November die CDU dran. Am 15. und 16. November möchte sie in Karlsruhe ihren Standort neu bestimmen und ihre Führung neu wählen. Die Parteivorsitzende, Bundeskanzlerin Angela Merkel, hat in den Wochen zuvor sichtbar und spürbar an ihrem Image gefeilt. Ihr Ziel: ein Wahlergebnis über 90 Prozent, Ausgang fraglich.

12 **Junge Leute denken konservativ**
Interview mit dem Vorsitzenden der Jungen Union Deutschlands, Philipp Mißfelder, MdB

14 **Wie konservativ ist die Union?**
Interview mit dem EU-Abgeordneten Manfred Weber
Der Vorsitzende der Grundsatzkommission der CSU gibt Antworten

15 **Die CDU braucht keinen Harmonieschleier, sie braucht mehr Mumm**
Kommentar zum Profil der Union von Prof. Bernd Mathieu, Chefredakteur Aachener Zeitung und Aachener Nachrichten

16 **Für ein klares Profil der Union**
Anträge der MIT zum CDU-Parteitag in Karlsruhe am 15./16.11. 2010

17 **Ordnungspolitischen Kompass neu ausrichten**

18 **Die Grünen sind für mich derzeit kein Koalitionspartner**
Interview mit Marie-Luise Dött, MdB, zur Umweltpolitik der Union

19 **Nachhaltige Entwicklung durch Engagement der Unternehmer**
Interview mit Dirk Niebel, MdB, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

WIRTSCHAFT

20 **Wie sicher ist Betongeld?**
Angesichts der Turbulenzen auf den Kapitalmärkten sind Immobilien zur Alterssicherung gefragt wie nie

UNTERNEHMEN

24 **Compliance Management für den Mittelstand**
Systematische Unternehmensanalyse bietet den Unternehmen Sicherheit

27 **Neue Belastungen für die Wirtschaft**
Die GEZ will die Wirtschaft, vor allem kleine Unternehmen, noch mehr abzocken

28 **Deutscher Gründerpreis 2010**
Die besten Unternehmer Deutschlands sind gewählt

SERVICE

30 Rechtstipps aus aktuellen Urteilen

31 Recht im Gespräch

32 Aktuelle Urteile

33 AUTO-TEST
Autos für Mittelständler, diesmal für Sie gefahren:
Lexus RS 450 Hybrid, Skoda Superb Kombi, BMW X6, Mitsubishi ASX

35 Glücksmomente auf der A-Rosa VIVA
Eindrücke von einer Gourmet-Flusskreuzfahrt auf Rhein und Mosel

36 Für Sie gelesen – unsere Bücherseite

MIT-INSIDE

37 Regionalkonferenz Süd in Fürth
MIT und MU bereiten sich auf die Parteitage von CSU und CDU vor

38 MIT-Inside
Berichte aus den Regionalverbänden der MIT

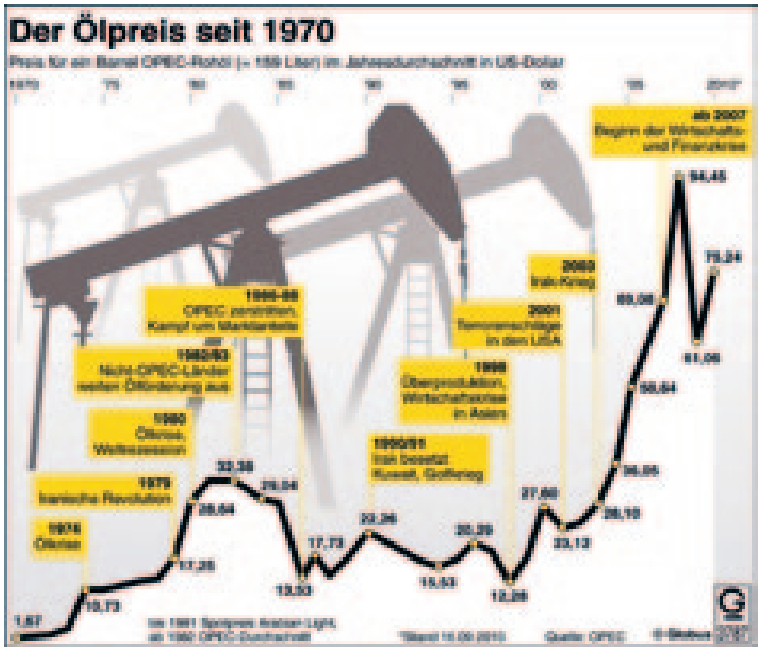
39 MU-Inside
Berichte aus den Regionalverbänden in Bayern

40 Namen sind Nachrichten

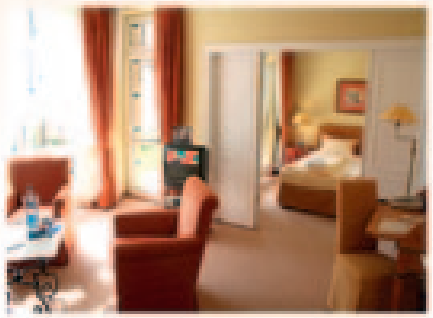
41 Glosse
Kabarettist Manfred Degen schreibt über das älteste Gewerbe der Welt, den Lehrerberuf

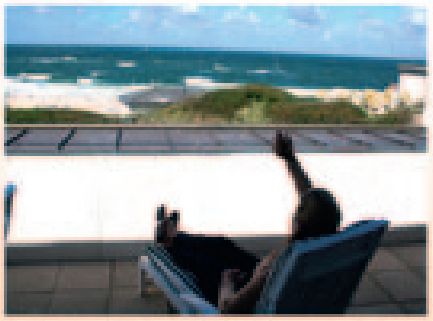
42 Baustelle Berlin
MIT-Hauptgeschäftsführer Hans-Dieter Lehnen schreibt seinen „Brief aus der Hauptstadt“ an die Leser

42 Impressum



STRANDHOTEL
Sylt





WOHNEN IM STRANDHOTEL

- zentral und ruhig gelegen
- in Westerland
- direkt hinter der Düne
- 52 Suiten mit getrenntem Wohn- und Schlafbereich
- tolles Frühstücksbuffet bis 12.00 Uhr
- Tiefgarage im Haus
- kostenfreie Nutzung von Sauna, Dampfbad und Fitnessgeräten
- Solarium und Fitarium gegen Gebühr

SPEISEN AN VIELEN ORTEN

Foto: picture alliance/ dpa

Helmut Kohl mahnte seine Partei, die CDU, erst jüngst, sich zum Konservativen zu bekennen: „Konservativ und fortschrittlich sind zwei Seiten einer Medaille“

HELMUT KOHL

„Wir dürfen nicht mit dem Wind gehen“

Von Günter F. Kohl

Nach der CSU, die ihren Parteitag Ende Oktober abhielt, ist Mitte November die CDU dran. Am 15. und 16. November möchte sie in Karlsruhe ihren Standort neu bestimmen und ihre Führung neu wählen. Die Parteivorsitzende, Bundeskanzlerin Angela Merkel, hat in den Wochen zuvor sichtbar und spürbar an ihrem Image gefeilt. Ihr Ziel: ein Wahlergebnis über 90 Prozent, Ausgang fraglich.

Der Wirtschaftsflügel der CDU unter der Führung des MIT-Bundesvorsitzenden Josef Schlarmann hat sich auf diesen Parteitag sorgsam vorbereitet. Rund 30 Anträge haben die regionalen Gliederungen, Kommissionen und Arbeitskreise der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung sowie der bayerischen Mittelstands Union formuliert – so viele wie noch nie. Alle Anträge stehen unter dem Motto „Ordnungspolitischer Kompass für Deutschland" und sind geprägt von dem Bemühen, der CDU wieder zu einem erkennbaren und kantigen Profil zu verhelfen – ihren Markenkern sozusagen freizulegen.

Die Schwäbische Hausfrau

Im Zentrum der inhaltlichen Diskussion steht für den Wirtschaftsflügel die Rückkehr der Volkspartei CDU zu prägnanten Botschaften und einer verlässlichen Politik im Interesse der gesellschaftlichen Mitte, vor allem in der Finanz-, Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik. In einem Antrag, überschrieben mit „Vorwärts zur Schwäbischen Hausfrau", erinnert die MIT die Kanzlerin an einen ihrer Sätze beim dem Stuttgarter Parteitag 2008:

„Man hätte ... einfach nur eine schwäbische Hausfrau fragen sollen. Sie hätte uns eine ebenso kurze wie richtige Lebensweisheit gesagt, die da lautet: Man kann nicht auf Dauer über seine Verhältnisse leben."

In diesem Antrag verweist die MIT darauf, dass im Jahr 2013 ca. 55 Prozent des Bundeshaushaltes vom Bereich Soziales beansprucht werden, woraus sich die Forderung ergibt, alle Leistungszusagen in den sozialen Sicherungssystemen auf ihre Finanzierbarkeit hin zu überprüfen und ggf. zurückzunehmen. Der Staat müsse sich wieder auf seine Kernaufgaben beschränken, denn im Hintergrund lauert eine weitere erschreckende Zahl: Ebenfalls im Jahr 2013 wird die deutsche Staatsverschuldung die 2-Billionen-Euro-Marke überschreiten. Das bedeutet jährlich 100 Milliarden Zinslasten!

Ordnungsprinzip Soziale Marktwirtschaft

„Die stärkste Stütze einer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist der Wille der Individuen, sich die Freiheit ihrer Lebensführung zu bewahren und sich nicht in allen Lebenslagen schablonisieren, uniformieren und kollektivieren zu lassen. ...dass jeder arbeitende Mensch ohne gnädige Hilfe des Staates und ohne in seine Abhängigkeit zu geraten seine materielle Existenz und Vorsorge aus eigener Kraft und Leistung heraus sicherzustellen in der Lage sein soll," heißt es in einem der MIT-Anträge (siehe Seite 15). Dies ist sozusagen „Marktwirtschaft pur" und führt zurück zum Leipziger Parteitag von 2003, dessen Beschlüsse in der CDU nur noch als „Bückware" gehandelt werden.

„Mal liberal, mal christlich-sozial, mal konservativ"

Die CDU-Vorsitzende, Bundeskanzlerin Angela Merkel in einer Talkshow im Frühjahr 2009

Überaus deutlich wird die MIT in ihrem Antrag zum Profil der CDU (siehe Seite 16), das sie seit längerem verwischt, verwässert und versteckt sieht: „Es ist Zeit für einen Kurswechsel. Schluss mit Beliebigkeit und asymetrischer Wähler-Demobilisierung. Statt der Leistungsträger stehen die Leistungsempfänger im Fokus der gegenwärtigen Politik. Man scheut sich vor schwierigen aber unerlässlichen Grundsatzentscheidungen," heißt es in dem Antrag.

Wir dürfen nicht beliebig werden

Ähnliche Gedanken treiben auch Helmut Kohl, Altkanzler und langjährigen CDU-Parteivorsitzenden um, der sich in letzter Zeit in Sorge um den Kurs der CDU wieder häufiger öffentlich zu Wort meldet. In einer Rede zur Erinnerung an den Vereinigungsparteitag 1990 in Hamburg sagte er am 1. Oktober in Berlin: „Lassen wir uns doch nicht einreden, dass konservativ und fortschrittlich Gegensätze sind. Das Gegenteil ist wahr: Konservativ und fortschrittlich sind zwei Seiten einer Medaille. Die Gratwanderung besteht darin, dass wir nicht beliebig werden und dem Zeitgeist folgen, sondern ihm mutig widerstehen und uns bei notwendigen Veränderungen treu bleiben."

Und an anderer Stelle seiner Rede sagt Helmut Kohl: „Wir müssen den Menschen wieder offen sagen, was unsere Gesellschaft sich leisten kann und was nicht. Das gilt nicht nur materiell, das gilt auch in Bezug auf das geistig-moralische Fundament unseres Landes. Ich bin skeptisch, wenn ich sehe, wie die Tagespolitik zunehmend unser Programm bestimmt und wie Positionen immer kürzer Gültigkeit haben. Wir müssen also aufgeschlossen sein für Neues, wir dürfen aber nicht mit dem Wind gehen. Darauf wird es ankommen. Ob die CDU in Deutschland weiter gestalterische Kraft bleibt, hängt davon ab. Karl Arnold hat einmal gesagt: ‚Die CDU ist durch nichts und niemanden umzubringen – es sei denn durch sich selbst!' "

Demoskopische Tiefststände für die CDU

Helmut Kohl ist nicht der einzige Mahner in diesen Wochen und Monaten, der sich um die Richtung und den Weg der Union sorgt, die 65 Jahre nach ihrer Gründung den tiefsten Punkt ihrer Akzeptanz in der Bevölkerung erreicht hat. Die Abkehr ihrer konservativen Wähler lässt vor allem die CDU von Monat zu Monat immer einmal wieder demoskopische Tiefststände erleben – ohne einen Silberstreif am Horizont. Denn die Vernachlässigung des Konservativen führt entgegen allen Erwartungen der Parteispitze nicht für Zulauf auf der anderen Seite des politischen Spekt-

„In den Augen des linksliberalen Establishments ähnelt die Union einem freundlichen, spießigen Nachbarn, der seinen Schäferhund abgegeben und sein dickes Auto gegen einen sparsamen Hybridkleinwagen eingetauscht hat. Überzeugen tut er deswegen nicht: Man hat in diesen Milieus lediglich die Furcht verloren – allerdings auch den Respekt."

Ulf Poschart, DIE WELT, 19.8.2010

rums. CDU und FDP specken weiter ab, Die Grünen erleben ein nie dagewesenes Zustimmungs-Hoch. Was die Kanzlerin wahrscheinlich besonders ärgert, ist die Tatsache, dass sie bei allem Bemühen um Offenheit nach Links trotzdem als Konservative wahrgenommen wird, wie Umfragen belegen...

Prüfet alles und bewahret das Gute

Kürzlich hat sich Prof. Wolfgang Schulhoff, langjähriger CDU-Bundestagsabgeordneter und heute Präsident des nordrhein-westfälischen Handwerkstages, vor der NRW-MIT in Münster in einer programmatischen Rede so geäußert: „Die CDU hat sie Deutungshoheit über die Soziale Marktwirtschaft seit langem verloren. Das muss sich wieder ändern! Nehmen wir den Begriff konservativ. Ich ärgere mich über selbsternannte Konservative, die trotzig auf unhaltbaren, dummen Positionen in der Familienpolitik oder beim Umgang mit den dunklen Seiten unserer deutschen Geschichte beharren. Konservativ heißt ja nicht, dass man an falschen Positionen festhält oder das Rad der Geschichte zurückdrehen will. Das ist reaktionär. Für mich ist Konservatismus eine bestimmte Methode, eine bestimmte Haltung, Politik zu machen. Es geht dabei um Realitätssinn und Augenmaß, um Kontinuität und Nachhaltigkeit, um Erfahrung, um politische Demut und um die Lösung konkreter Probleme. Meine Leitschnur ist schon immer der heilige Paulus gewesen: ‚Prüfet alles und behaltet das Gute!' In diesem Sinne ist der Konservative der wahre Progressive."

Roland Kochs Abschied

„Die mangelnde programmatische Präsenz des Konservativen in der CDU macht ganze Gruppen unserer Bevölkerung praktisch mundtot, und sie müssen sich das in einer Demokratie nicht auf Dauer gefallen lassen.
Auf der konservativen Seite fehlt heute in der Politik die intellektuelle Schärfe eines Alfred Dregger oder Walter Wallmann, und sie wird nur wieder entstehen, wenn junge Menschen das Gefühl haben, dass die CDU auch für diese Ideen die Plattform sein will," schreibt Roland Koch in seinem vor wenigen Wochen erschienenen und von Angela Merkel vorgestellten Buch mit dem Titel „Konservativ". Eigentlich gilt es als schick, den politischen Gegner zu bitten, das eigene Buch zu präsentieren. Von daher lässt der Doppelpack Koch/Merkel tief blicken, aber Roland Koch ist raus.

Koch-Rezepte für Konservative?
„Konservative leben noch", schreibt Roland in seinem neuen Buch, „aber sie wissen nicht mehr so genau, warum." Erschienen bei Herder, ISBN 978-3-451-304415, 17,95 Euro

„Die CDU ist durch nichts und niemanden umzubringen – es sei denn durch sich selbst! "

Karl Arnold

Da mutet es Menschen in der CDU, die sich von ihm als Konservativem schlicht allein gelassen fühlen, schon etwas merkwürdig an, wenn er bekennt: „Konservative sind heute nicht heimatlos, aber planlos." Warum sagt er dies? Warum ist er nicht geblieben und hat Flagge gezeigt? Warum hat er in den letzten Jahren nicht einen solchen Plan entwickelt? Seine Anhänger jedenfalls, die immer noch recht zahlreich sind, wie aktuelle Umfragen zeigen, lässt er mit der Kanzlerin relativ ratlos zurück. Sie beschrieb sich in einer Talkrunde im Frühjahr 2009 so: „Mal liberal, mal christlich-sozial, mal konservativ." Im gleichen Jahr sagte sie einer großen Schar Mittelständlern, die sie im Kanzleramt zum Gespräch trafen: „Ich bin keine Konservative!"

1&1 DO-IT-YOURSELF HOMEPAGE

Einfacher und schneller geht´s nicht: Branche wählen, Namen eingeben, Farbe festlegen, Internet-Adresse aussuchen – schon ist Ihre Homepage fix und fertig im Internet! Denn Bilder, Texte und Seitenaufbau für über 100 Branchen haben wir schon vorbereitet. Und wenn Sie wollen, können Sie Ihren Internet-Auftritt jederzeit mit eigenen Bildern und Texten noch individueller machen. Jetzt ausprobieren – kostenlos!

Ausgabe 08/2010

FÜR ÜBER 100 BRANCHEN

KOSTENLOS TESTEN!

1&1

MEMBER OF united internet

Jetzt informieren und bestellen: 0 26 02 / 96 91 www.1und1.info

INTERVIEW

Die Leistungsträger müssen mehr haben als jene, die nicht arbeiten

Interview mit Philipp Mißfelder, MdB, Vorsitzender der Jungen Union Deutschlands

Warum leidet die Union so stark an Wählerschwund, zuletzt in Ihrem Heimat-Bundesland NRW?

Philipp Mißfelder: Es ist der CDU weder bei der Bundestags- noch bei der Landtagswahl gelungen, ihr Wählerpotenzial auszuschöpfen. Wir müssen uns daher wieder verstärkt um die Stammwählerschaft kümmern, indem wir die drei Wurzeln der Union betonen. Nur wenn wir klare Positionen vertreten und erkennbar sind, werden wir als Volkspartei auch für bisherige Nicht- und Wechselwähler attraktiv.

Mit Nichtwählern lassen sich bekanntlich keine parlamentarischen Mehrheiten organisieren. Besorgt Sie der Niedergang ordnungsökonomischer Prinzipien?

Mißfelder: Die CDU ist und bleibt die Partei der Sozialen Marktwirtschaft. Allerdings müssen wir zeigen, dass Ludwig Erhards Leitlinien bis heute richtig und vor allem zukunftsfähig sind. Nach den Abgängen von Friedrich Merz und Roland Koch sind nun Ministerpräsidenten wie Stefan Mappus, David McAllister und Stanislaw Tillich am Zug, das wirtschaftsliberale Profil unserer Partei zu verkörpern.

Was sollte, was muss in der Politik der Bundesregierung anders werden, um die mittelständische Klientel wieder zu überzeugen?

Mißfelder: Die CDU muss insbesondere diejenigen in den Mittelpunkt stellen, die arbeiten, Steuern zahlen und ihre Familien versorgen. Sie sind die Leistungsträger unserer Gesellschaft und müssen mehr haben als diejenigen, die nicht arbeiten. Die fleißigen Bürger erwarten zu Recht Stetigkeit und Berechenbarkeit von der Bundesregierung. Deswegen war es eine wichtige Entscheidung, den ALG-II-Regelsatz nur ganz leicht zu erhöhen, um das Lohnabstandsgebot zu wahren.

Foto: picture alliance/ dpa

Philipp Mißfelder (31) ist JU-Bundesvorsitzender, Mitglied der MIT und Bezirksvorsitzender der MIT im Ruhrgebiet/ NRW. Er gehört dem Präsidium der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/ CSU an

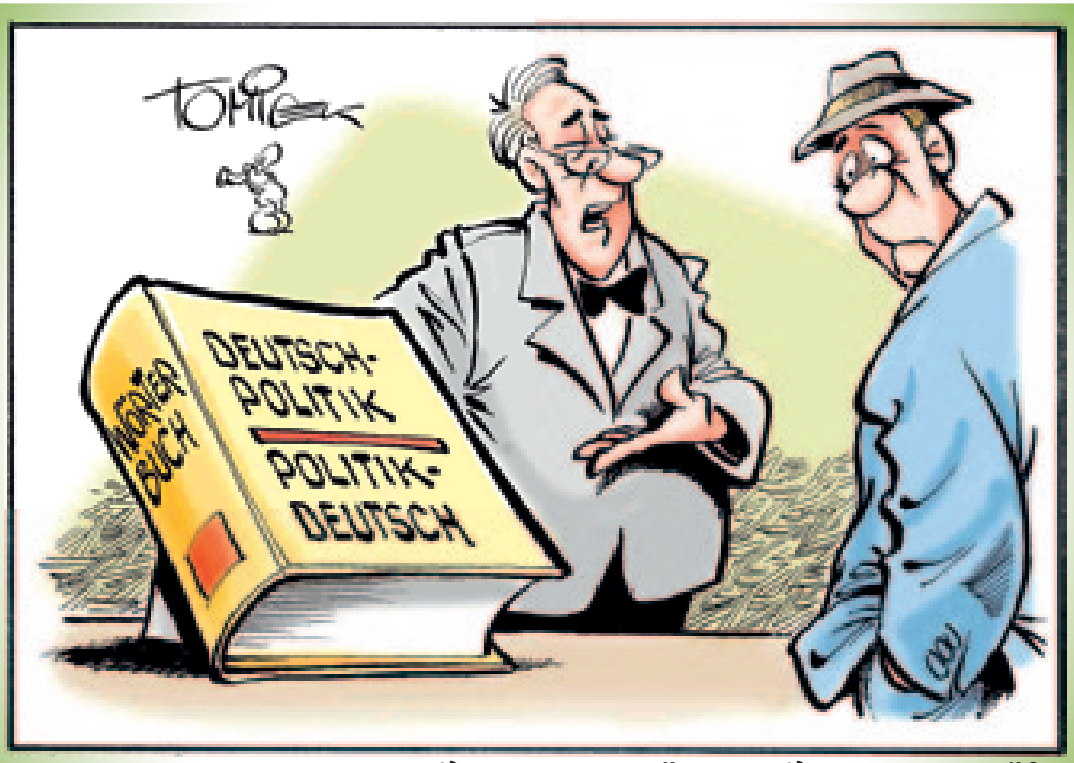
Sie persönlich und die Junge Union, deren Bundesvorsitzender Sie sind, sorgen sich seit langem um den Wertekanon insbesondere der CDU. Ist konservativ zu sein für Sie ein Makel?

Mißfelder: Nein. Das Konservative gehört zum Profil der Union wie das wirtschaftsliberale und das christlich-soziale Element. Entscheidend ist, dass sich die drei Flügel in unserer Politik widerspiegeln – inhaltlich und personell.

Der „Herbst der Entscheidungen" ist angekündigt. Wird also spätestens nach dem CDU-Parteitag in Karlsruhe alles besser oder startet Karlsruhe hoffnungsvoll und endet enttäuschend wie Leipzig?

Mißfelder: Wichtig ist, dass unsere Vereinigungen – vor allem die Junge Union und die MIT – auch künftig eng und verlässlich zusammenarbeiten, um das Profil der CDU als Volkspartei zu schärfen. Dieses Signal muss und wird von Karlsruhe ausgehen.

Die Fragen stellte Günter Kohl



Möchten Sie die Ausgabe "Stuttgart 21" oder "Zuwanderung"?

geschäftstüchtich

Kostenlose Kontoführung
0,00 Euro*
Business Giro

Bis zu
1,5 % p.a.**
Business SparCard

Klasse, wie meine Bank ihr Geschäft versteht … und auch meines!

UNTERM STRICH ZÄHL ICH.

- www.postbank.de/geschaeftskunden
- Postbank Business-Center, 0180 4440400***
- Postbank Finanzcenter, www.postbank.de/filial-suche

Postbank
GESCHÄFTSKUNDEN

*Ab 10.000 € durchschnittlichem Habensaldo im Monat. **Ab 50.000 €, Zinssatz variabel.
***Mo.–Sa. 8–21 Uhr: 20 Cent/Anruf aus dem dt. Festnetz; Mobilfunktarif max. 42 Cent/Minute.

INTERVIEW

„Wir müssen Mut zur Kante haben“

Interview mit dem CSU-Europaabgeordneten und MU-Mitglied Manfred Weber zur Profildebatte in der Union

Die Union befindet sich derzeit in einer Debatte um ihr Profil. Ist die CDU/CSU noch konservativ genug?

Manfred Weber: Das Konservative gehört genauso zu den Eckpfeilern von CDU und CSU wie das Christliche, Soziale und Liberale. Dabei geht es nicht ums Prinzip, sondern darum, dass die Menschen erkennen, was uns als Politiker und Parteien antreibt, für welche Überzeugungen wir stehen, ob wir verlässlich Positionen vertreten. Und da habe ich den Eindruck, dass wir das Konservative und das Christliche zu wenig deutlich machen. Das hat mit Themen und Personen zu. Es geht um grundlegende politische Denkansätze. Etwa: Dass wir nicht Neues um des Neuen willen aufgreifen, sondern nur, wenn es auch besser als das Bewährte ist. Also Evolution statt Revolution. Oder bei konkreten Themen. Wenn Probleme bei der Kriminalität oder Integration bestehen, dann müssen wir das ansprechen und uns nicht wegducken.

Sarrazin hat mit seinem Buch eine kontroverse Integrationsdebatte angestoßen. Sind seine Kernthesen wirklich so abwegig, wie es durch die Presse und große Teile der politischen Landschaft dargestellt wurde?

Weber: Teile seiner Thesen sind abstrus, zum Teil hat er aber sowohl die Stimmung in der Bevölkerung wie auch objektive Probleme aufgegriffen. Wir haben zu lange zugeschaut, dass sich in unserem Land Parallelgesellschaften bilden oder kleine Gruppen radikaler Migranten unseren Lebensstil und Werte ablehnen. Das dürfen wir nicht dulden. Für mich ist klar: Wer die Spielregeln nicht einhält, muss Sanktionen zu spüren bekommen, die im Extremfall auch die Ausweisung beinhalten. Zur Wahrheit gehört aber auch, mehr darüber diskutieren, wie Deutschland einmal in 20, 30 Jahren gesellschaftlich aussehen soll. Dazu ist unabdingbar, dass wir wieder mehr zu unseren christlichen Überzeugungen stehen und sie vertreten. Es geht letztlich um die Identität.

Die Grünen befinden sich derzeit in ungeahnten Umfrage-Höhen. Sie „wildern“ im bürgerlichen Lager, jedoch mit einer deutlich investitionsfeindlichen Haltung. Werden schwarz-grüne Bündnisse noch realisierbar sein?

Weber: Die aktuelle Zustimmung zu den Grünen ist nicht nachhaltig. Sie sind Ideologen, die unter dem Deckmantel der Bürgerlichkeit versuchen, ihre eigentlich wohlstandsfeindliche Programmatik zu überdecken. Wir müssen dieses falsche Spiel aufdecken. Es darf nicht sein, dass die Grünen sich bei essentiellen Themen, wie die dritte Startbahn in München, Stuttgart 21 oder den Donauausbau, nur in die Nein-Sager-Ecke stellen. Wir werden in Deutschland so in echte Probleme bei der Wettbewerbsfähigkeit kommen. Ich glaube nicht, dass die Trittin- und Roth-Grünen in absehbarer Zeit ein verlässlicher Partner sind, auch wenn wir in einigen Themen übereinstimmen. Als Option ist schwarz-grün vielleicht in wenigen Ländern denkbar, in Bayern aber beispielsweise auf lange Sicht sicher nicht.

Wie sehen Sie als Vorsitzender der CSU-Zukunftskommission die Rolle der Union? Hat sie als Volkspartei noch eine Chance?

Weber: Es liegt nur an uns, ob wir tatsächlich die Breite der Gesellschaft abdecken. Dazu dürfen nicht alle nur dem Mainstream und der Mitte hinterherlaufen. Wir müssen Mut zur Kante, zur Position und zur Überzeugung haben. Dazu gehört genauso, dass wir ein Stück weit die von Kohl und Strauß geprägten Parteien bleiben und uns gleichzeitig fortentwickeln. Und zur Verlässlichkeit gehört auch, die Herausforderungen zu benennen und anzugehen. Wir dürfen etwa bei der demografischen Entwicklung oder dem Marsch in den Schuldenstaat nicht länger die Augen verschließen.

Manfred Weber (38), MdEP, ist Vorsitzender der CSU-Zukunftskommission und Bezirksvorsitzender der CSU Niederbayern. Im Europäischen Parlament ist er Stellvertretender Vorsitzender der EVP-Fraktion. Er war Vorsitzender der JU Bayern und ist seit 2001 Mitglied der Mittelstands-Union

Die Fragen stellte Stephan Ebner

KOMMENTAR

„Die CDU braucht keinen Harmonieschleier, sie braucht mehr Mumm!“

Von Prof. Bernd Mathieu

Hat die CDU in Nordrhein-Westfalen die Wahl verloren, weil sie nicht konservativ genug ist? Stürzt die Union in Umfragen in immer neue Allzeit-Tiefs, weil sie nicht früh genug auf den Kurs à la Sarrazin eingebogen ist? Gewinnt man Wahlen, wenn plötzlich ein konservatives Etikett für eine neo-bürgerliche, aber weitgehend nicht definierte Zielgruppe kreiert wird?

Die Union diskutiert, und die meisten wissen nicht, was das nun sein soll – konservativ. Eine Geisteshaltung? Ein Werte-Kanon? Eine bestimmte Form von Benehmen? Oder ist es Gerechtigkeit? Nächstenliebe? Respekt? Das Bewahren von Bewährtem, das behutsame Gestalten von Neuem? Von allem etwas?
Oder steht konservativ nur für eine altmodische Variante des Ewiggestrigen, des Innovationsfeindlichen, des Verharrens auf Prinzipien? Des üblichen „Wo-kämen-wir-denn-hin“?

Vielleicht prägt der Begriff konservativ in der aktuellen Debatte auch nur den Ausdruck einer gewissen Rat- und Hilflosigkeit, weil die Umfragezahlen der Union unfreundlich im Keller liegen und offensichtlich alte, lange Zeit sicher geglaubte Bindungen sich aufgelöst haben. Konkret gefragt: Wie geht der Konservative mit den Ungebundenen, den Nicht-Organisierten, den mobilitätsfreundlichen Menschen um? Er kennt die wohl strukturierte Welt der Vereine, Kirchen, Gewerkschaften, Dorfgemeinschaften, der Verheirateten, der Familie. Sie alle sind aber nur noch ein Teil unserer lokalen wie globalen Gesellschaft.

Man sieht: Die Marke „Konservativ“ hilft uns in diesem Dilemma nicht wirklich weiter. Die Union sollte sich in dieser Polarisierung nicht unnötig verlieren. Sie sollte einfach sagen, was ist. Was sie will. Was sie für richtig hält. Konkret, zum Beispiel: Stellt sie weiterhin – man könnte das konservativ nennen – das dreigliedrige Schulsystem unter Denkmalschutz und lässt die Demografie irgendwann und irgendwie die Abrissarbeiten erledigen? Oder diskutiert sie unvoreingenommen dieses wichtige Thema, schafft lokale Lösungen, zeigt, dass es auch ohne Ideologie geht?

Es gibt weitere Themenfelder, die nach vernünftigen Antworten drängen: Welche inhaltliche Qualität haben in der Union die Bereiche Energie, Arbeit, Familie, Generationen, Integration? Sind sie ernst gemeintes Ringen um eine bessere Zukunft, oder sind sie nur billige strategische Spielchen für oder gegen Röttgen, für oder gegen von der Leyen, für oder gegen Merkel? Was sagt die Union im 21. Jahrhundert zur großen Idee Europa? Welche außenpolitischen Werte sind für einen Christdemokraten entscheidend, welche verbindlich?

Dieser Mangel an politischer Kultur treibt die Wähler in Scharen von der Union weg. Ergänzt wird das immer wieder mal durch die eine oder andere Klamotte, von „Rent-a-Rüttgers“ bis zur zeitweise an Dynamik gewinnenden Affäre der CDU Niedersachsen. Kurzum: Es geht um Überzeugungen, um Einsichten, über die man ohne Rücksicht auf die Bedeutungsschwere der jeweiligen Gesprächspartner gerne reden würde! Die CDU war am stärksten mit Persönlichkeiten wie Biedenkopf, Geißler, Stoltenberg, Töpfer, Windelen, Blüm, Süssmuth, Späth. Das waren keine etikettierten Konservativen, sondern Leute mit Meinung, Verstand und Konfliktfähigkeit. Die CDU braucht keinen konservativen Harmonieschleier, sie braucht mehr Mumm!
Und sie braucht das „C“ in ihrem Namen als ein klares Signal für Werte, Überzeugungen, Richtungen. Das christliche Menschenbild ist eine ebenso konservative wie stets moderne und hoffentlich immer hochaktuelle Interpretation von Politik mit hohem Rang. Nächstenliebe, Gerechtigkeit, aber auch das Fordern und Fördern von Menschen sind zutiefst christliche Ansätze. Das Prinzip der Subsidiarität bedarf in den Zeiten allzu hektischer Debatten um Hartz-IV-Sätze, Gesundheitsfonds, Sparpakete und Migration eines klaren Profils: Was ist zumutbar und was nicht? Was ist gerecht, was ungerecht? Was ist richtig, und was ist nur populistisch? Und wenn die Fragen beantwortet sind, kommt es auf die richtige Strategie an: Ist die kalkulierend oder mutig? Anders gefragt: Ist sie nur ein Marketinginstrument, oder ist sie Inhalt, Perspektive, Programm – mit aller Konsequenz und notfalls auch gegen Widerstände der Medien, der Interessensgruppen, der Lobbyisten oder auch des jeweiligen Koalitionspartners.

Eine solche Haltung der klaren Botschaften ist ebenso konservativ wie innovativ. Anders gesagt: Es kommt nicht aufs Etikett an, sondern auf den Inhalt und seine Verbreitung.

Prof. Bernd Mathieu
Chefredakteur
Aachener Zeitung und Aachener Nachrichten

FÜR EIN KLARES PROFIL DER UNION

Schluss mit Beliebigkeit und asymmetrischer Wähler-Demobilisierung

Antrag der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU zum CDU-Parteitag am 15./16.11.2010 in Karlsruhe

Das angestrebte Ziel von 40 plus X zur Bundestagswahl 2009 wurde mit tatsächlichen 33,8 Prozent weit verfehlt. Grundlage dieses dramatischen Wählerverlustes war die Strategie der „asymmetrischen Wählerdemobilisierung". Diese Wahlkampfstrategie der Wählereinschläferung mit dem Ziel, die Anhänger des politischen Gegners stärker als die eigenen Wähler vom Gang zur Wahlurne abzuhalten, führt zu Politikverdrossenheit und Demokratiemüdigkeit. Zugleich gibt sie den Bürgern und den eigenen Anhängern kein Vertrauen, sondern ist Zeichen für ein fehlendes Profil, Mutlosigkeit und Beliebigkeit. Eine solche Strategie ist der Volkspartei Union nicht würdig und verletzt zugleich den Auftrag der Parteien gemäß Artikel 21 Grundgesetz, aktiv an der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken.

Viele Menschen in diesem Land haben den Eindruck, dass diese Strategie der Wählereinschläferung beim Regierungshandeln der bürgerlichen Koalition bis heute fortgesetzt wird. Wesentliche Vereinbarungen aus dem Koalitionsvertrag warten bis heute auf ihre Umsetzung oder wurden gar konterkariert. Die Hoffnungen auf einen ordnungspolitischen Kurswechsel in diesem Land, die nur durch eine bürgerliche Regierung umgesetzt hätte werden können, wurden bisher nicht erfüllt. Staatliche Überversorgung und steigende Steuer- und Abgabenlasten verdrängen die Bereitschaft zu mehr Eigenverantwortung und Eigenvorsorge. Eine grundlegende Steuerstrukturreform ist nicht in Aussicht. Statt der Leistungsträger unserer Gesellschaft stehen die Leistungsempfänger im Fokus der Politik. Eine beschäftigungsorientierter Kurswechsel in der Arbeitsmarktpolitik und eine konsequente Kosten-Nutzen-Analyse der arbeitsmarktpolitischen Instrumente stehen bis heute aus. Die Modernisierung unserer Sozialen Sicherungssysteme im Interesse von Generationengerechtigkeit und Demografiefestigkeit scheint in weite Ferne gerückt. Man scheut sich vor schwierigen, aber unerlässlichen Grundsatzentscheidungen.

Die Union als größte Volkspartei trägt besondere Verantwortung für Deutschland. Das historische Verdienst der Union nach dem Zweiten Weltkrieg war es, dass unter dem Dach dieser Volkspartei unterschiedliche gesellschaftliche Zielvorstellungen auf dem Fundament der Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft austariert und zu einem Kompromiss zusammengeführt wurden. Dieser wurde in der Öffentlichkeit erklärt und für ihn wurde offensiv geworben und gekämpft. Das ist der Wert und die Bedeutung der Volkspartei Union. Dies hat nichts mit Beliebigkeit zu tun, sondern ist Ausdruck der Verantwortung, auf der Basis von festen, ordnungspolitischen Grundwerten eine dem Gesamtwohl dienende und interessenausgleichende Politik zu gestalten.

- **Wir fordern die Führungsspitzen der Union in Bund und Ländern auf, zu dieser Grundausrichtung der Union als Volkspartei zurückzukehren. Die Strategie der „Asymmetrischen Wählerdemobilisierung" muss ein Ende haben.**

- **Die Union muss zurückkehren zu einer Volkspartei mit prägnanten Botschaften, einem klaren Profil und einer verlässlichen Politik im Interesse der gesellschaftlichen Mitte.**

- **Die Union muss die Menschen dieses Landes bei ihren Entscheidungen mitnehmen und ihre Positionen erklären. Dazu gehört ein Team an der Führungsspitze der Union, inhaltliche Themen müssen mit kompetenten Köpfen verbunden werden.**

- **Die Union muss für eine verlässliche Politik stehen. Sie muss ihre Politik am Grundsatzprogramm der Partei, den Beschlüssen der Bundespartei und ihren Versprechen im Wahlprogramm ausrichten. Sie muss sich an Vereinbarungen aus Koalitionsverträgen mit ihren Koalitionspartnern in Bund und Ländern halten und auf eine erfolgreiche Umsetzung drängen.**

Es ist Zeit für einen Kurswechsel. Schluss mit Beliebigkeit und asymmetrischer Wähler-Demobilisierung. Mit Mut, Profil und Entschlossenheit kehrt die Union auf den Weg der Wählermobilisierung zurück!

Ordnungspolitischen Kompass neu ausrichten
MEHR EIGENVERANTWORTUNG – WENIGER STAAT

Antrag der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU zum CDU-Parteitag am 15./16.11.2010 in Karlsruhe

Die Soziale Marktwirtschaft ist das tragende Ordnungsprinzip, nach dem das Wirtschaftsleben in der Bundesrepublik gestaltet worden ist und das die Voraussetzung für den außerordentlichen großen wirtschaftlichen Aufschwung war, den wir heute verzeichnen können. Das Wesen dieser Marktwirtschaft besteht hauptsächlich darin, dass der Wirtschaftsprozess, d.h. Produktion, Güter- und Einkommensverteilung, nicht durch obrigkeitlichen Zwang gelenkt, sondern innerhalb eines wirtschaftspolitisch gesetzten Ordnungsrahmens durch die Funktion freier Preise und den Motor eines freien Leistungswettbewerbs selbstständig gesteuert wird. Die CDU würde sich selbst preisgeben und das deutsche Volk sozialistischen Experimenten überantworten, wenn sie nur einen Augenblick versagt und den Boden der Sozialen Marktwirtschaft verließe. Diese zu verteidigen ist nicht um des Dogmas, sondern um des deutschen Volkes Willen höchstes Gebot.

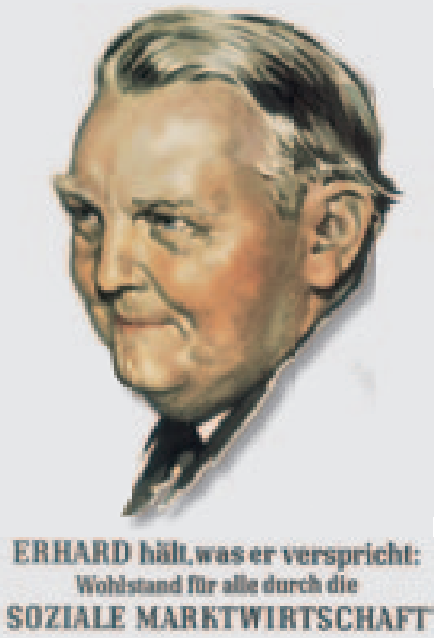
Die stärkste Stütze einer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist der Wille der Individuen, sich die Freiheit ihrer Lebensführung zu bewahren und sich nicht in allen Lebensäußerungen schablonisieren, uniformieren und kollektivieren zu lassen. Als Grundsatz muss wieder zur Geltung kommen, dass jeder arbeitende Mensch ohne gnädige Hilfe des Staates und ohne in seine Abhängigkeit zu geraten, seine materielle Existenz und die Vorsorge für seine Zukunft aus eigener Kraft und Leistung heraus sicherzustellen in der Lage sein soll. Dann wird sich erst zeigen, wie viel lebendige Kraft das deutsche Volk noch zu entwickeln in der Lage ist und wie sehr es seinem innersten Wesen widerspricht, aus einem falsch verstandenen Sicherheitsbedürfnis heraus nach kollektiver Hilfe zu schreien.

Denn es widerspricht der marktwirtschaftlichen Ordnung, die die Entscheidung über Produktion und Konsum dem Einzelnen überlässt, die private Initiative bei der Vorsorge für die Wechselfälle und Notstände des Lebens auch dann auszuschalten, wenn der Einzelne dazu fähig und gewillt ist, selbstverantwortlich und eigenständig vorzusorgen. Wirtschaftliche Freiheit und totaler Versicherungszwang vertragen sich nicht. Die beste Sicherheit ist die, wenn der einzelne Mensch wieder zu dem Bewusstsein und zu der Gewissheit gelangt, dass er auf Grund seiner Leistungen und seiner Arbeit sein Schicksal selbst gestalten kann.

Jeder Einzelne ist aufgerufen, dafür zu sorgen, dass wir wieder zu Formen des Zusammenlebens von Menschen kommen, in denen sich der Staatsbürger zunächst einmal für das Schicksal selbst verantwortlich fühlt und nicht mehr bereit ist, in einer nebelhaften Anonymität unterzugehen – darum aber auch nicht vorbehaltlos einer Institution das Recht einräumt, ihr Mandat nach Belieben zu handhaben.

Die Stellung des Individuums im Staat oder besser die Einstellung des Bürgers zum Staat sollte jedem politisch Verantwortlichen ständig Anlass ernster Überlegung sein. Es tut uns Not, den Willen zur Unabhängigkeit und zur Freiheit, der einen der elementarsten Kräfte der Menschen darstellt, wachzuhalten und täglich neu zu bestärken. Als Ziel einer weitschauenden Politik muss der Wille stehen, in zunehmendem Maße dem Menschen wieder die Möglichkeit zu eröffnen, sein Leben und sein Schicksal aus eigener Kraft und Leistung selbstverantwortlich gestalten zu können. Denn je mehr wir es dahin bringen, dass sich die Menschen als Individuen fühlen und sich gerade in der persönlichen Freiheit ihrer Kraft und Würde bewusst werden, umso besser und wohltätiger wird die gesamte gesellschaftliche Ordnung sein. Diese wird von viel höherer sittlicher Qualität sein als eine Gesellschaft, die immer neuer Organisationen und Institutionen bedarf, um das Chaos einer aus ihren inneren Zusammenhängen gerissenen Wirtschaft zu bändigen.

Die CDU Deutschlands möge diese Grundausrichtung für die zukünftige Regierungsarbeit als Maßstab nehmen.



INTERVIEW

Die Grünen sind für mich derzeit kein Koalitionspartner

Interview mit Marie-Luise Dött zur Umweltpolitik der Union

Sie sind erst kürzlich in Ihrem Amt als Sprecherin für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit bestätigt worden. Wie fühlt man sich denn als Unternehmerin auf diesem Politikfeld?

Marie-Luise Dött: Wir machen in Deutschland eine weltweit anerkannte Umweltpolitik. Und ich freue mich, die umweltpolitische Sprecherin der Union zu sein. Ich trete mit meinem unternehmerischen Hintergrund dafür ein, Umweltpolitik mit der Wirtschaft umsetzen, nicht gegen sie. Die Unternehmen in Deutschland sind Treiber von Umweltinnovationen. Ich finde es deshalb absurd, dass manche meinen, den Unternehmen die Vorteile der Reduzierung des Energieverbrauchs erklären zu müssen. Ich finde auch, dass Investitionszyklen bei umwelt- und klimapolitischen Maßnahmen eine zu geringe Rolle spielen. Und ich bin der Auffassung, dass das Kosten-Nutzen-Verhältnis von Maßnahmen stärker betrachtet werden muss. Das sind nur einige Stichworte, die ich mit meinem unternehmerischen Hintergrund in die umweltpolitischen Diskussionen einbringen kann.

Trügt unser Eindruck, dass manche Klima- und Umweltschützer in der CDU sich und ihre Auffassung als das Maß aller Dinge sehen?

Dött: Es gibt eine Tendenz in unserer Gesellschaft allgemein, eigene Auffassungen und Überzeugungen zum Maß aller Dinge zu machen. Davon ist auch die Union als Volkspartei natürlich nicht frei. Es gibt aber bei uns eine ausgeprägte Diskussions- und auch Streitkultur. Wichtig ist für mich dabei gegenseitiges Zuhören, Offenheit und Fairness. Ich bin der Auffassung, dass Politik immer in einem Zieldreieck von ökologischer Notwendigkeit, wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Verantwortung bleiben muss. Das gilt auch für die Umwelt- und Klimapolitik. Dafür stehe ich, dafür werbe ich und, wenn es sein muss, kämpfe ich auch dafür.

Glauben Sie, dass eine grünangestrichene Union attraktiv sein könnte für Wähler der Grünen oder gar für die Grünen als Koalitionspartner?

Dött: Es ist notwendig, die ökologischen Herausforderungen anzunehmen. In unserer christlichen Verantwortung für die Schöpfung sind wir als Union dazu verpflichtet. Es geht also weder darum, die Union grün anzustreichen, noch um künftige Koalitionspartner. Von den Grünen trennt uns noch viel: Mit ihrer Technologiefeindlichkeit, dem Ansatz des politischen Dirigismus und ihrer Liebe zu ideologischen Spiegelfechtereien sind die Grünen für mich derzeit im Bund ohnehin kein Koalitionspartner.

Was ist denn Ihr Weg, damit die Union wieder in der Umweltpolitik an Profil gewinnt ohne den Eindruck des sich Anbiederns zu erwecken?

Marie-Luise Dött, MdB, ist die Sprecherin für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Sie gehört dem Bundesvorstand der MIT an

Dött: Ich sehe kein Defizit beim ökologischen Profil der Union. Keine andere Partei hat beispielsweise anspruchsvollere Klimaziele gesetzt, keine die Erneuerbaren Energien so vorangebracht, wie wir das tun. Und keiner Partei ist es gelungen, eine so umfangreiche und stabile Finanzierungsbasis für diese Entwicklungen zu schaffen, wie wir das jetzt erreicht haben. Diese Politik ist kein Anbiedern, sondern ein vernünftiger Weg, die ökologischen Herausforderungen wirtschaftlich und sozial kompetent zu bewältigen. Überzeugungsarbeit leisten, die Kreativität der Menschen aktivieren und ihr Freiräume geben, Technologieoffenheit sichern, die bewährten Marktmechanismen nutzen und für all das einen politisch verlässlichen Rahmen mit anspruchsvollen Zielen zu setzen, das ist für mich der Weg.

Mit ihrem im Prinzip auch vom Mittelstand begrüßten Energiekonzept hat die Bundesregierung erst die Hausbesitzer und dann auch noch die Mieter geschockt. Nun sind beide verunsichert. Wo bleibt da die „klare Kante", die Politik aus einem Guss?

Dött: Die energetische Gebäudesanierung ist eine lohnende Investition für Hausbesitzer und Mieter. Zudem profitieren gerade Handwerk und Mittelstand davon und man kann Klimaschutz kaum kostengünstiger erreichen. Deshalb ist es richtig, hier einen Schwerpunkt zu setzen. Bei diesem Thema hat die Unionsfraktion übrigens nachgesteuert. Wir haben jetzt das Wirtschaftlichkeitsgebot für die Maßnahmen eingehalten und dafür gesorgt, dass die Förderprogramme für die Gebäudesanierung und das Marktanreizprogramm finanziell verstärkt werden. Also ambitionierte Klimapolitik mit wirtschaftlicher Vernunft, Motivation statt Zwang, keine Überforderung der Bürger – „klare Kante", wie Sie es nennen.

Die Fragen stellte Günter Kohl

INTERVIEW

Nachhaltige Entwicklung durch unternehmerisches Engagement

Interview mit Bundesentwicklungsminister Dirk Niebel zur Bedeutung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit für Entwicklungsländer

Mit Ihrem Amtsantritt im Jahre 2009 haben Sie die Stärkung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Interesse einer nachhaltigen Entwicklung zu einem Schwerpunkt erklärt. Ist das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) heute entsprechend aufgestellt?

Dirk Niebel: Nachhaltige Entwicklung braucht unternehmerisches Engagement – nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch in den Partnerländern des BMZ. Mein Ministerium trägt in seinem Namen nicht nur „Entwicklung" sondern auch „wirtschaftliche Zusammenarbeit", weil es unsere Partnerländer beim Aufbau eigenständiger wirtschaftlicher Strukturen unterstützen soll und Wirtschaftskooperationen stärkt. Durch die Einbeziehung der Wirtschaft in die Entwicklungspolitik wird nicht nur privates Kapital, sondern auch privatwirtschaftliches Know-how gewonnen. Davon profitieren die Menschen vor Ort: Wo die Wirtschaft wächst, da wachsen Märkte. Wo Märkte wachsen, entstehen Beschäftigungs- und Einkommensquellen. Und die sind entscheidend für eine wirksame Bekämpfung von Armut. Um das zu erleichtern, habe ich im Ministerium eigens eine Servicestelle für die Wirtschaft eingerichtet, die gerne berät. Zudem werden wir bis zu 30 „Entwicklungsscouts" in verschiedene Wirtschaftsverbände entsenden, die direkt als Ansprechstelle zur Verfügung zu stehen.

Wie unterstützt das BMZ Investitionen der deutschen Wirtschaft und insbesondere des deutschen Mittelstands in Entwicklungsländern?

Niebel: Das BMZ unterstützt aktiv deutsche und europäische Unternehmen bei ihrem Engagement in unseren Partnerländern. Im Programm für Entwicklungspartnerschaften „develoPPP.de" etwa setzen Unternehmen gemeinsam mit den Durchführungsorganisationen meines Ministeriums (GTZ, DEG und sequa) Projekte um. Das Risiko, die Kosten und die Verantwortung werden in diesen Partnerschaften geteilt. Wo sich zwischen zentralen Handlungsfeldern der Entwicklungspolitik und Geschäftszielen der Privatwirtschaft Schnittmengen ergeben, führt dies zu positiven Ergebnissen sowohl für die wirtschaftliche Entwicklung des Partnerlandes als auch für das Unternehmen. Es werden Synergien genutzt und sowohl entwicklungspolitische als auch unternehmerische Ziele erreicht.

Könnten Sie auf das Prinzip von develoPPP etwas präziser eingehen?

Niebel: Gern. Im Programm „develoPPP.de" setzen wir Schwerpunkte, in denen konkreter entwicklungspolitischer Bedarf besteht und die deutsche Wirtschaft spezielles Know-how zu bieten hat. Aktuell sind das die Themen Berufliche Bildung, Ausbildung und Qualifizierung, Agrobusiness und Biodiversität, Ressourcen- und Klimaschutz, Wasser und Abwasser sowie Energie.

Dirk Niebel (FDP), MdB und Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Welchen Stellenwert nimmt der deutsche Mittelstand bei der Entwicklungszusammenarbeit ein?

Niebel: Der deutsche Mittelstand liegt uns als Partner der Entwicklungszusammenarbeit ganz besonders am Herzen. Darum haben wir auch im Koalitionsvertrag vereinbart, dass entwicklungspolitische Entscheidungen die Interessen des Mittelstandes angemessen berücksichtigen müssen. Deshalb arbeiten wir auch mit den Auslandshandelskammern zusammen, die als wichtiger Partner für deutsche Unternehmen deren Interessen in unseren Partnerländern vertreten.

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU fordert eine bessere Verzahnung von Entwicklungszusammenarbeit und Außenwirtschaftsförderung. Was unternimmt das BMZ in diesem Bereich?

Niebel: Wir kooperieren mit den Auslandshandelskammern auf verschiedenen Ebenen. Zum Beispiel werden unsere Programme über deren Strukturen vor Ort bekannt gemacht und dort gezielt Projekte an der Schnittstelle von Außenwirtschaft und Entwicklungszusammenarbeit entwickelt. In einigen Bereichen wie Corporate Social Responsibility (CSR) oder Klimaschutz sind die Auslandshandelskammern auch selbst schon Partner von Gemeinschaftsprojekten im Rahmen von „develoPPP.de". Durch solche Ansätze sorgen wir dafür, dass Außenwirtschaft und Entwicklungszusammenarbeit besser aufeinander aufbauen und ineinander greifen – zum Wohle von Wirtschaft und Menschen in unseren Partnerländern.

Foto: Pitopia

Wie sicher ist Betongold?

Angesichts immer neuer Turbulenzen auf den Kapitalmärkten sind Immobilien zur Alterssicherung gefragt wie nie. Doch das vermeintlich bombensichere Betongold hat seine Tücken. Architektin und Immobilienökonomin Sabine Schorn erklärt, worauf Anleger achten sollten.

„Ich würde zur Alterssicherung grundsätzlich einen Mix aus Immobilien und Wertpapieren empfehlen", so Sabine Schorn, Inhaberin der Beratungsfirma SchornConsult in Köln. „Beide Anlageklassen korrelieren nämlich normalerweise nicht in der Wertentwicklung. Schwächelt also beispielsweise der Aktienmarkt, wird das durch die Immobilien bis zu einem gewissen Grad abgefangen." Bei der Alterssicherung ausschließlich auf Immobilien zu setzen, sei dagegen zunehmen heikel. „Immobilien gelten zwar landläufig als sehr sichere Anlageform, doch in dieser generellen Form ist das nicht mehr richtig", so die Architektin und Immobilienökonomin, die auch Mitglied in der Vollversammlung der IHK Köln ist. „Früher konnte man Immobilien relativ unbesehen kaufen, ohne dabei allzu große Risiken einzugehen. Inzwischen sind auch bei Immobilien durchaus Fehlkäufe und Wertverluste möglich."

Fluktuation und Leerstand

Die Gründe für diese Entwicklung sind vielfältig: Bei Gewerbeflächen sorgen beispielsweise veränderte Produktionsbedingungen dafür, dass ganze Gebäudeteile dauerhaft leer stehen. Handelsbetriebe benötigen kaum noch Lagerflächen. In Bürogebäuden sinkt durch eine optimierte Belegungsplanung der Flächenbedarf pro Mitarbeiter bzw. pro Unternehmen. Bei Mietshäusern sorgen vor allem die demographische Entwicklung sowie berufsbedingte Ortswechsel schon jetzt vielerorts für eine sinkende Nachfrage, dieser Trend wird sich in den nächsten Jahren fortsetzen. „Insgesamt sind sowohl die Leerstandsrate als auch die Fluktuationsrate deutlich höher als noch vor zehn Jahren", so Schorn.

Zunehmend muss der Vermieter deshalb aktiv dafür sorgen, bestehende Mieter zu binden und die Attraktivität des Objektes zu erhalten. „Auch das Wohnen unterliegt natürlich Moden, beispielsweise was die Wohnungsgrößen und die Aufteilung der Zimmer angeht", so Sabine Schorn. „Seit Jahren steigt zudem die durchschnittliche Wohnfläche pro Person kontinuierlich an. Studenten-Apartments unter 30 m², die in den 1970er Jahren oft gebaut wurden, sind beispielsweise kaum noch vermietbar." Experten prognostizieren zudem eine weitere Zunahme von Singlehaushalten, deren Ansprüche berücksichtigt werden müssen. Und eine immer älter werdende Bevölkerung braucht Wohnungen, die trotz eingeschränkter Mobilität erreichbar und nutzbar sind.

„Wer mehrere Objekte kaufen will, sollte sich vorher überlegen, wie das Portfolio zusammengesetzt sein soll und welche Anlagestrategie man mit den Objekten verfolgt, damit es im Alter keine bösen Überraschungen gibt", so Sabine Schorn. Bei Immobilien zur Alterssicherung kann man zwei Grundformen unterscheiden, die unterschiedliches Wissen und Engagement verlangen.

Typ 1: Die Top-Immobilie

Hier ist alles perfekt: Die Lage, die Ausstattung, das Umfeld. Die Mieter stehen Schlange. Der Vermieter hat kaum Leerstand und relativ wenig Arbeit mit den Objekten. Der Kaufpreis ist hoch bis sehr hoch, langfristig ist nur noch ein moderater Wertzuwachs möglich. Hauptertragsquelle sind regelmäßige Einnahmen durch

Anzeige

PKV
Verband der privaten Krankenversicherung e.V.

Wo gibt's denn so was? 96 Prozent zufriedene Kunden.

Das Urteil ist eindeutig: 96 Prozent der Privatversicherten fühlen sich im Krankheitsfall sehr gut abgesichert. Das bestätigt eine große Meinungsumfrage des Emnid-Instituts. Kein Wunder, dass sich viel mehr Bürger privat versichern wollen, als der Gesetzgeber bisher zulässt.
www.gesunde-versicherung.de

PKV – Die gesunde Versicherung.

die relativ hohen Mieten. Allerdings sind selbst notwendige Modernisierungen kaum noch auf die Mieter umzulegen. Die Renditen liegen bei Mietshäusern zwischen 3,5 und fünf Prozent, bei Gewerbeobjekten zwischen fünf und sieben Prozent. Diese Immobilien eignen sich tendenziell eher für ältere Anleger.

Typ 2: Verdeckte Schätze

Relativ preiswerte Immobilien mit meist hohem Modernisierungsbedarf bis hin zu Umbauten oder Umnutzung. Oft mittlere Lagen, eher geringe Mieten und nicht selten längere Leerstandszeiten kennzeichnen diesen Immobilientyp. Eine deutliche Wertsteigerung, ausreichende Vermietbarkeit sowie spürbar höhere Mieten sind erst nach einer objektbezogenen Strategieentwicklung und größeren Investitionen realisierbar. Hauptertragsquelle ist häufig der Verkauf der aufgewerteten Immobilie. Ob das Investment sinnvoll ist, hängt entscheidend vom konkreten Objekt sowie dem Engagement und der Marktkenntnis des Käufers ab. Dieser Objekttyp ist eher für jüngere Unternehmer geeignet. Geht die Rechnung auf, locken dafür Renditen von bis zu 25 Prozent.

Foto: SchornConsult

Architektin und Immobilienökonomin
Sabine Schorn

TIPPS FÜR DEN IMMOBILIENKAUF

Komplexe Entscheidung
Vor dem Kauf sind viele Aspekte zu bedenken. Tipps von Sabine Schorn, SchornConsult Köln:

Standort- und Marktentwicklung
- regionale Zukunftsperspektiven
- Quartier, Mitbewerber

Bau-/Planungsrecht
- Baugenehmigung / Legalität auch der Nutzung (ggf. Totalverlust möglich)
- Altlasten / Baulasten / Dienstbarkeiten

Objektbeurteilung
- Ausstattung
- Optischer Zustand, Repräsentativität
- technischer Zustand
- Instandhaltungsstau
- Marktgängigkeit der Flächen, Flächenqualität
- Gebäudestruktur, -flexibilität
- Gebäudeumfeld, Objektauftritt, Image
- Drittverwertbarkeit, Zukunftsfähigkeit

Ertragsbeurteilung
- Fluktuation
- Marktmiete vs. Vertragsmieten
- Vertragslaufzeiten
- Mieterbonität
- Mieterstruktur
- Nicht umlegbare Kosten
- Bestehende Wartungsverträge (Kosten, Umfang, Laufzeit)
- Ertragsrisiken (z. B. ein Großmieter)

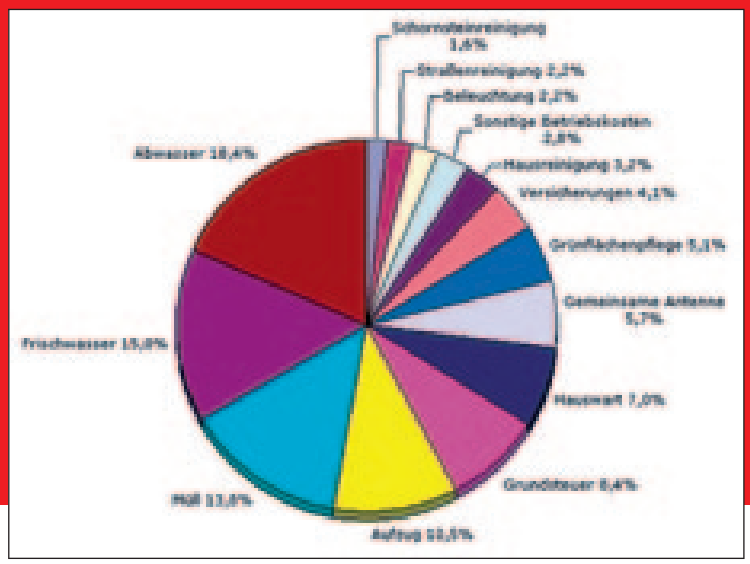
Betreiberhaftung
- Brandschutz
- Verkehrssicherungspflichten

Vertragsbeziehungen
- Bestehende angedrohte Rechtsstreitigkeiten
- Hält der Vertrag und die Klauseln (von Juristen prüfen lassen)

Sonstiges
- Mieterzufriedenheit
- Mieteridentifikation

KOSTENRISIKO: NEBENKOSTEN

Oft werden die Nebenkosten bei der Kalkulation unterschätzt. Im Durchschnitt fallen etwa 3,13 Euro/qm (Büro) bzw. 2,91 Euro/qm (Wohnen) an, bei Leerstand immerhin noch 1,88 Euro/qm. Die verschiedenen Positionen im einzelnen:



Grafik: SchornConsult, Köln

LEXWARE
Alles in Ordnung

In einer Welt mit Lexware dauert der Bürokram nur 5 Minuten am Tag.

Ganz gleich wie viele Vorkenntnisse Sie haben und in welcher Branche Sie tätig sind: Mit der intelligenten Business-Software und den integrierten Online-Services vom Marktführer sind Ihre Buchhaltung, Kostenvoranschläge und Rechnungen in 5 Minuten am Tag „Fertig!“

Jetzt kostenlos 4 Wochen testen: www.lexware-fertig.de

Nach der gelungenen Betriebsfeier mit Mitarbeitern und Kunden folgt nicht selten mit dem Steuerbescheid der Katzenjammer

SYSTEMATISCHE RISIKOANALYSE BIETET UNTERNEHMEN SICHERHEIT

Compliance Management für den Mittelstand

Von Christoph Balk

Als Compliance wird allgemein die Einhaltung von Regeln bezeichnet. Das umfasst relevante unternehmensexterne Regelungen wie Gesetze und Verträge sowie interne Unternehmensrichtlinien (Geschäftsverteilung, Vertretung, Reisekosten, Geschenke etc.). Prinzipiell geht es darum, Richtlinien zu haben und Maßnahmen zu ergreifen, damit das Arbeiten von Menschen in einer Organisation zu einem regelkonformen Verhalten führt.

Sommer 2010! Es ist ein wunderschöner Tag, 25 °C im Schatten und ein milder Sommerwind. Eigentlich ein Tag wie gestern, als das alljährliche Sommerfest stattfand, das das Unternehmen seit 2004 ausrichtet. Wie in den Jahren zuvor waren alle Mitarbeiter und auch die treuesten Kunden und Lieferanten der Einladung gefolgt. Die Location war traumhaft, das Essen ein wahrer Genuss, und jeder hat sich hervorragend amüsiert und dankend ein Geschenk im Wert von ca. 50 Euro mit nach Hause genommen.

Noch von der gestrigen Euphorie und den ersten Danksagungen getragen, die bereits per E-Mail eingegangen sind, wird dem Chef der vorläufige Bericht der aktuellen Betriebsprüfung für die Jahre 2004 bis 2006 vorgelegt. Direkt auf der Seite mit dem Anschreiben befindet sich das vorläufige Ergebnis der Betriebsprüfung: Nachzahlung von Einkommen- und Umsatzsteuer in Höhe von ca. 67.000 Euro. Die gerade noch vorherrschende gute Laune ist verflogen und weicht Unverständnis und der Frage: „Wie kann das sein?“.

Was ist beachten?

Nach Durchsicht des vorläufigen Betriebsprüfungsberichts wird deutlich, dass die Steuernachzahlung auf nicht anerkannten Betriebsausgaben, die im

Vorteile an	Geschäftsfreunde	Arbeitnehmer
Bewirtung 4 V, Nr. 2 EStG	• 30 % nicht abzugsfähig • Vorsteuer-Korrektur	• Sachbezug • Lohnsteuer und Umsatzsteuer • Veranstaltung mit Kunden, dann wie nebenstehend
Geschenke 4 V, Nr. 1 EStG	• wenn ≥ 35 EUR p.p. und p.a., dann nichtabzugsfähig + Vorsteuer-Korrektur • Betriebseinnahmen	• Sachbezug • LohnSt und USt
Sonstiges 4 V, Nr. 7 EStG	• Bereiche der Lebensführung • Kosten unangemessen • nichtabzugsfähig + Vorsteuer-Korrektur	
Besonderheiten	• ggf. § 37b EStG • Mitteilung an Geschäftspartner • Pauschalsteuer = nichtabzugsfähig	• häufig Steuern nach Betriebsprüfung • Auflagen (IKS) • Steuerstrafmaßnahmen bei Wiederholungen

Rahmen der Sommerfeste angefallen sind, beruht. Wie in allen Jahren wurden diese Aufwendungen als Betriebsausgaben abgesetzt und somit der Gewinn gemindert. Genauso war das Unternehmen auch nach 2006 mit Sommerfesten verfahren und wollte dies auch dieses Jahr tun.

Deutlich angenehmer wäre doch die Vorstellung, das vorläufige Ergebnis der Betriebsprüfung würde keine Steuernachzahlung nach sich ziehen oder doch wenigstens nicht eine in dieser Höhe. Was wäre hier nun zu beachten gewesen? Wie der Tabelle zu entnehmen ist, gibt es hierzu vier wesentliche Bereiche.

Demnach finden zum Beispiel auf die Bewirtung von Mitarbeitern und Geschäftspartnern zwei unterschiedliche Regelungen Anwendung. Der Unterschied liegt zum einen in der Art der Veranstaltung (betrieblich veranlasst oder nicht) und zum anderen in der Höhe der Abziehbarkeit der Aufwendungen als Betriebsausgaben.

Für die Geschenke, die auf den Sommerfesten jährlich verteilt werden, gibt es ebenfalls unterschiedliche Freigrenzen, die für eine Ansetzung als Betriebsausgaben relevant sind. Zu beachten ist, dass Geschenke an Mitarbeiter, die die Freigrenze überschreiten, für diese zu steuerpflichtigem Arbeitslohn führen.

Pauschalsteuer

§ 37b EStG bietet dem Unternehmer nun die Möglichkeit, durch Abgabe einer Pauschalsteuer (auch hier gelten besondere Regelungen, die für Mitarbeiter und Geschäftspartner unterschiedlich sind) den Steueraufwand für die Zuwendung zu übernehmen, sodass der Beschenkte ein „wahres" Geschenk erhält. Allerdings, so das Gesetz, hat der Steuerpflichtige den Empfänger von der Steuerübernahme zu unterrichten.

Eine solche Unterrichtung könnte zum Beispiel durch eine kleine Visitenkarte erfolgen, die dem Geschenk beiliegt, mit dem Aufdruck des Firmenlogos und dem steuerrechtlich korrekten Wortlaut: „Für diese Zuwendung übernehmen wir für Sie die pauschale Versteuerung nach § 37b EStG."

Wird der Beschenkte nicht auf diese oder andere Weise über die pauschale Steuerübernahme informiert, so müsste dieser selbst die Steuer auf den Wert der Zuwendung entrichten. Die Praxis zeigt hierbei allerdings immer wieder, dass dieses Wissen nur selten vorliegt. Unabhängig von den ertragssteuerlichen und umsatzsteuerlichen Auswirkungen beim schenkenden Unternehmer kann eine falsche Behandlung solcher Aufwendungen auch dem beschenkten Mitarbeiter oder Geschäftspartner selbst steuerliche Probleme bescheren.

In dem hier beschriebenen Fall der Betriebsprüfung geht es um die Einhaltung von Regeln aus Steuergesetzen, genauer um die Beachtung der §§ 4 Abs. 5 Nr. 1 und 2, 37b EStG und 3 Abs. 1b und 9a UStG bei der Einladung von Mitarbeitern und Geschäftspartnern zu betrieblichen Veranstaltungen wie zu einem Sommerfest. Diese Paragrafen regeln die Abziehbarkeit sowie die Versteuerung von Sachverhalten im Zusammenhang mit Zuwendungen auf solchen Veranstaltungen.

Diese durchaus realistische Situation in Betriebsprüfungen, wie sie in der Praxis immer häufiger vorkommt, hätte mit systematischen Ansätzen und Maßnahmen eines Compliance Managements vermieden werden können. Bei einer systematischen Analyse des für das Unternehmen relevanten rechtlichen und wirtschaftlichen Umfelds und seiner Geschäftsprozesse wären die Verantwortlichen im vorliegenden Fall auf das 2007 neu eingeführte steuerliche Gesetz gestoßen. Eine Risiko-Identifikation hätte stattgefunden.

Exakte Dokumentation

Die Mitarbeiter wären so über die steuerlichen Probleme bei Veranstaltungen mit

§ 37b EStG

(1) Steuerpflichtige können die Einkommensteuer einheitlich für alle innerhalb eines Wirtschaftsjahres gewährten

1. betrieblich veranlassten Zuwendungen, die zusätzlich zur ohnehin vereinbarten Leistung oder Gegenleistung erbracht werden, und
2. Geschenke im Sinne des § 4 Absatz 5 Satz 1 Nummer 1,

die nicht in Geld bestehen, mit einem Pauschsteuersatz von 30 Prozent erheben. Bemessungsgrundlage der pauschalen Einkommensteuer sind die Aufwendungen des Steuerpflichtigen einschließlich Umsatzsteuer ...

(2) Absatz 1 gilt auch ... Arbeitnehmer des Steuerpflichtigen, soweit sie nicht in Geld bestehen und zusätzlich zum ohnehin geschuldeten Arbeitslohn erbracht werden. ...

Zum vollständigen Gesetzestext siehe www.gesetze-im-internet.de.

Bewirtung und/oder bei Geschenken in Kenntnis gesetzt worden und könnten entweder selbst die notwendigen Schritte zur pauschalen Steuerübernahme nach § 37b EStG einleiten oder sich an eine zuständige Stelle wenden. Unter anderem ist dafür Sorge zu tragen, dass in jedem Fall die notwendigen Nachweise erstellt werden. Hierzu zählen insbesondere Dinge wie:

- Aufzeichnung der Teilnehmerzahl
- namentliche Teilnehmerlisten und Kenntlichmachen, wer Mitarbeiter ist und wer Geschäftspartner
- Feststellung der Kosten der Veranstaltung pro Teilnehmer
- Sicherstellung von Richtigkeit und Vollständigkeit ausgestellter Rechnungen
- Kontologie und Sicherstellung korrekter Erfassungen in der Buchführung

Ein gutes Compliance Management System (CMS) soll dabei eine Überregulierung und unnötigen Bürokratieaufwand vermeiden. Die Analyse hätte im nächsten Schritt eine Risikobeurteilung beinhaltet. Hierbei wäre die Frage zu untersuchen, ob das neue Gesetz für das eigene Unternehmen relevant ist oder Auswirkungen haben kann. Wäre dies im Ergebnis zu bejahen, so müsste die Höhe des Risikos bei Nichteinhaltung ermittelt werden, die in einer erwarteten Nachzahlung durch eine Betriebsprüfung multipliziert mit deren Eintrittswahrscheinlichkeit dargestellt werden sollte.

Im vorliegenden Fall hätte das Unternehmen den Eintritt als überwiegend wahrscheinlich annehmen müssen, weil eine Betriebsprüfung eben selbst auch Gesetzesänderungen als Indikator für Risiken der Nichteinhaltung steuerlicher Regeln heranzieht und entsprechend prüft. Wäre diese Analyse zu dem Ergebnis gekommen: keine Relevanz oder unwesentliche Auswirkung, hätte auch kein weiterer Aufwand betrieben werden müssen.

* Der Autor ist Wirtschaftsprüfer, Steuerberater und Partner bei PKF Fasselt Schlage, ist seit mehr als 20 Jahren in den Bereichen der handels- und steuerrechtlichen Compliance tätig

Der hier geschilderte Praxisfall einer Betriebsprüfung ist nur ein Beispiel. Es kann auch jede andere Regelung mit einbezogen werden, die Methode des CMS bleibt dabei immer gleich. Der Vorteil des systematischen Vorgehens ist dabei auch, dass eine Dokumentation erstellt wird, die als Nachweis zur Erfüllung von Sorgfaltspflichten und Organisationsverantwortung sowie der Vermeidung einer persönlichen Haftung von Managern dienen kann.

Fachleute gehen davon aus, dass nach Abschluss der Verfahren bei Unternehmen von öffentlichem Interesse, insbesondere börsennotierten, die Staatsanwaltschaften Untersuchungen im Mittelstand aufnehmen werden. Die Frage ist nicht mehr ob, sondern wann dieses Szenario in der Zukunft eintritt. Schon jetzt haben die Steuerbehörden Unternehmen aus dem Mittelstand im Fokus.

ÜBER PKF FASSELT SCHLAGE

PKF Fasselt Schlage gehört zu den führenden Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsunternehmen in Deutschland. Die mittelständisch geprägte, unabhängige und partnergeführte Gesellschaft beschäftigt an 15 Standorten insgesamt mehr als 600 Personen. Davon sind rund 180 Wirtschaftsprüfer, Steuerberater und Rechtsanwälte, viele davon mit Mehrfachqualifikation.

Medienkontakt
Stefan Eggerstedt
PKF FASSELT SCHLAGE
Jungfernstieg 7
20354 Hamburg
Tel. +49 40 355 52-188
Fax +49 40 355 52-222
E-Mail:
stefan.eggerstedt@pkf-fasselt.de

Jan Endler
RAIKE Kommunikation GmbH
Ludwig-Erhard-Straße 6
20459 Hamburg
Tel.: +49 40 34 80 92-12
Fax: +49 40 34 80 92-11
E-Mail: endler@raike.info

Die Krake mit dem schlechten Image: GEZ – die Gebühreneinzugszentrale, die nach dem Willen der Bundesländer noch mächtiger und noch reicher werden soll

Neue Belastungen für die Wirtschaft

800 Mio. Euro soll die Wirtschaft nach den bisherigen Plänen zur Reform der Rundfunkgebühren pro Jahr an die GEZ zahlen; bisher sind es ca. 450 Mio. Euro – nahezu eine Verdoppelung, obwohl die Neuordnung der Gebühren „aufkommensneutral" verlaufen soll.

Der von den Ländern im Entwurf des neuen Rundfunkgebühren-Staatsvertrags vorgesehene Betriebsstättenansatz ist zudem unausgewogen, weil er kleine Unternehmen benachteiligt und überproportional belastet. Benachteiligt werden zudem Filialunternehmen. Denn: Hat ein Unternehmen viele Filialen, zahlt es pro Filiale. Hat ein großer Betrieb nur einen Standort, zahlt er dagegen nur einmal. Personalintensive Betriebe, wie z.B. in der Oberbekleidungsbranche, kommen schlechter weg als Industriebetriebe mit hohem Maschineneinsatz.

Zudem, so kritisiert die Wirtschaft mit Recht, weist das neue Modell systematische Brüche auf. Mit einem einzigen Beitrag muss künftig die gesamte Rundfunknutzung abgegolten sein – Autoradios in Firmenfahrzeugen und Empfangsgeräte in Hotelzimmern dürfen nicht noch zusätzlich zu Privathaushalten und Unternehmen herangezogen werden. Denn: Wer zu Hause bereits per Haushalt eine Gebühr bezahlt, darf nicht noch einmal im Hotelzimmer zu einer anteiligen Gebühr herangezogen werden, denn schließlich kann er nur an einer Stelle fernsehen oder Radio hören.

Für jedes nicht privat genutzte Kfz soll eine monatliche Gebühr von 5,99 Euro fällig werden, bisher sind es 5,76 Euro. Dies, so hat der Bundesverband der Autovermieter berechnet, würde zu einem Mehraufkommen an Gebühren von mindestens 1,2 Mrd. Euro führen. Abgesehen von der Mehrbelastung sieht die Branche rechtliche Probleme: Die Einführung einer RF-Gebühr pro Fahrzeug käme einer geräteabhängigen Gebühr gleich, die durch die Reform eigentlich abgeschafft werden soll. Außerdem stünde sie nicht im Einklang mit den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts.

Fazit: So, wie sich diese „Reform" jetzt darstellt, erfüllt sie weder die Vorgaben des BVG, noch ist sie gerecht und ausgewogen. Sie belastet alle Gebührenzahler und die Wirtschaft, füllt noch üppiger die Taschen der öffentlich-rechtlichen Anstalten und führt zudem zu einem Datenmoloch mit Namen GEZ. *Günter Kohl*

Die Krake GEZ

1976
startete eine der am meisten verachteten Einrichtungen der Republik damit, die Rundfunkgebühren einzutreiben. Davor war die Post dafür zuständig, und erntete ebenfalls wenig Ruhm und Ansehen.

42,5 Mio.
Teilnehmerkonten mit 43 Mio. Radios, 37 Mio. Fernsehern und 192.000 „neuartigen Rundfunkgeräten" führt die GEZ in ihren Unterlagen.

1.122
sog. „Haupt- und Unterbeauftragte" sind zur „Gewinnung neuer Teilnehmer/ innen" im Land unterwegs, wie das Aufspüren von Schwarzsehern offiziell heißt. Dies teilweise mit unrechtmäßigen Methoden und „Pressing-Versuchen".

1.125
Bürokraten bombardieren aus der Kölner Zentrale der GEZ die Bürger, setzen Gerichtsvollzieher in Marsch und zapfen Einwohnermeldeämter an.

800.000 mal
setzt die GEZ im Jahresschnitt Gerichtsvollzieher gegen Bürger und Unternehmen in Marsch, weil sie angeblich ihrer Gebührenpflicht nicht nachkommen.

7,26 Milliarden Euro
leitet die GEZ zur Zeit pro Jahr an die öffentlich-rechtlichen Sender weiter. Diese Summe bringen ca. 42,5 Mio. Gebührenzahler auf, Privatpersonen wie Unternehmen.

11,9 Mio.
Umzüge meldeten die Einwohnermeldeämter zuletzt im Jahr der GEZ. 2,2 Mio. Beteiligte bekamen daraufhin Post.

6 Mio.
Bürger und Unternehmen schreibt die GEZ pro Jahr an. Mehr als jeder Zehnte meldete daraufhin mindestens ein Rundfunkempfangsgerät an.

Wirtschaftsminister **Heiner Brüderle** und **Ludwig Georg Braun** von der B. Braun Melsungen AG bei der Verleihung des Deutschen Gründerpreises

Deutscher Gründerpreis 2010

Die besten Unternehmer Deutschlands sind gewählt. Der Deutsche Gründerpreis 2010 geht an: Willi Bruckbauer von der Bora Lüftungstechnik GmbH (StartUp), René Marius Köhler von der internetstores AG (Aufsteiger) und Prof. Dr. h.c. Ludwig Georg Braun von der B. Braun Melsungen AG (Lebenswerk).

Die Stimmung: festlich. Die Moderation von ZDF-Mann Michael Opoczynski: humorvoll. Die Gäste: hochkarätig. Bei der Verleihung des Deutschen Gründerpreises 2010 trafen sich Top-Unternehmer des deutschen Mittelstands. Einer von ihnen, Anton Wolfgang Graf von Faber-Castell (Faber-Castell AG) überreichte den ersten Preis in der Kategorie StartUp. Der glückliche Gewinner heißt Willi Bruckbauer von der Bora Lüftungstechnik GmbH, Raubling. „Ihre Erfindung wird ihren Weg in die Küchen finden," so Faber-Castell in seiner Laudatio über Bruckbauers innovativen Bora Kochfeldabzug. Dieser Dunstabzug ist nicht über den Töpfen montiert, sondern unauffällig direkt neben dem Kochfeld. Mit diesem Produkt setzte sich der bayerische Schreinermeister gegen zwei starke Wettbewerber durch, die Logistiksysteme der Potsdamer Antlogic GmbH und die chirurgischen Trainingssysteme der Phacon GmbH aus Leipzig. „Ich freue mich sehr. Angesichts der guten Konkurrenz hatte ich bis zum Schluss damit gerechnet, dass ein anderer den Preis bekommt", so Bruckbauer, Inhaber eines exklusiven Küchenstudios, im MIT-Interview.

Der erste Preis in der Kategorie Aufsteiger ging an René Marius Köhler von der internetstores AG in Esslingen. Seine Online-Shops wie fahrrad.de oder fitness.de erwirtschaften mit über 120 Mitarbeitern mehr als 30 Millionen Euro Umsatz pro Jahr. Laudator Prof. Klaus Fischer (fischerwerke GmbH & Co. KG) sagte: „Ihr Beispiel zeigt: Unternehmer werden kann sich wirklich lohnen" und lobte den erst 28-Jährigen als „vorbildliche Unternehmerpersönlichkeit." Der strahlende Sieger, der „schon immer" selbstständig sein wollte, weil er „selbst gestalten und sich selbst am Markt beweisen will", freute sich sichtlich. „Das ist der bedeutendste deutsche Preis für Unternehmer", erklärte er im MIT-Gespräch. Köhler gewann gegen die Berliner Brillenmanufaktur Mykita und den Erfinder eines Lagersystems für Kleinteile, Daniel Gollmann von der Gollmann Kommissioniersysteme GmbH in Halle.

Auch Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) zeigte sich in seiner Festrede beeindruckt von den Leistungen aller Nominierten. „Sie demonstrieren als Vorbilder, wie man erfolgreich sein kann, Sie alle bringen sich ein in unser Land. Das ist Frischzellentherapie für die deutsche Marktwirtschaft."

Höhepunkt des Abends war die Verleihung des Deutschen Gründerpreises in der Kategorie Lebenswerk an Prof. Dr. h.c. Ludwig Georg Braun von der B. Braun Melsungen AG. „Sie sind ein Vorbild für viele Gründerinnen und Gründer. Deutschland kann stolz auf Sie sein", so Dr. Florian Langenscheidt, der den Preis überreichte. Braun, Familienunternehmer in der fünften Generation, formte das mittelständische Unternehmen seiner Eltern zu einem internationalen Marktführer im Bereich Pharma und Medizintechnik mit rund 40.000 Mitarbeitern. „Das ist für mich die nicht erwartete Anerkennung einer beruflichen Karriere im eigenen Unternehmen", dankte der Geehrte. Im MIT-Interview sagte er. „Natürlich trägt ein Unternehmer Risiken, aber das gilt ja auch für andere Lebensentwürfe. Man sollte nicht glauben, die Welt sei nicht mehr offen für Gründer."

S.B.

DEUTSCHER GRÜNDERPREIS

Der Deutsche Gründerpreis ist eine Initiative vom stern, den Sparkassen, dem ZDF und Porsche. Deutschlands wichtigste Auszeichnung für Unternehmer wird seit 1997 in den Kategorien StartUp, Aufsteiger und Lebenswerk verliehen. Außerdem kann ein Sonderpreis vergeben werden. Eine Expertenjury prüft die Bewerber in einem mehrstufigen Verfahren. Die Unternehmen müssen umfangreiche Unterlagen einreichen, Top-3-Kandidaten müssen sich außerdem persönlich vor einer hochkarätigen Jury präsentieren.

Steuer mit Nebenwirkungen

Ab Januar 2011 kommt auf Reisende im Luftverkehr eine neue Abgabe zu. Bis zu 45 Euro je Flug sollen Passagiere zahlen – und damit eine Milliarde Euro in die Staatskasse spülen. Dieses Ziel könnte aber dadurch verfehlt werden, dass Reisende auf ausländische Flughäfen ausweichen. Außerdem gibt es rechtliche Bedenken.

Die Steuer ist nach Strecken gestaffelt:

- Für Kurzstrecken bis 2.500 Kilometer werden 8 Euro fällig. Grundsätzlich ist die Steuer bei jedem Abflug von Deutschland zu zahlen; eine Ausnahme bilden Zwischenlandungen, die nur einem Umstieg innerhalb von zwölf Stunden dienen. Das heißt: Bei innerdeutschen Flügen müssen Reisende die Steuer zweimal zahlen, nämlich für Hin- und Rückflug, für Auslandsflüge dagegen nur einmal.
- Die Mittelstrecke von 2.500 bis 6.000 Kilometer kostet 25 Euro.
- Für alle noch größeren Distanzen ist der Höchstsatz von 45 Euro fällig.

Was sich zunächst einfach anhört, birgt aber mehrere Probleme:

1. Einteilung der Streckenabschnitte. Alle Zielländer sind Entfernungsklassen zugeordnet; maßgeblich ist die Entfernung von Berlin zur jeweiligen Hauptstadt des Reiseziels: Da Moskau innerhalb des Kurzstreckenbereichs von 2.500 Kilometern liegt, zahlt man für den Flug nach Wladiwostok und zurück nur 8 Euro Gebühr, obwohl zwischen Berlin und Wladiwostok fast 7.900 Kilometer liegen. Dagegen kostet die Verbindung Berlin–Frankfurt–Berlin – pro Strecke sind das 430 Kilometer – 16 Euro. Auch ein Trip nach Spanien – mit jährlich rund 10 Millionen Reisenden das meistbesuchte Auslandsziel der Deutschen – kann einem mit der neuen Steuer spanisch vorkommen. So werden für einen Flug auf die Kanarischen Inseln – Entfernung Berlin–Teneriffa: 3.700 Kilometer – nur 8 Euro Gebühr fällig; denn als Bezugspunkt dient Madrid, das nur 1.800 Kilometer von Berlin entfernt ist. Für die Besichtigung der Pyramiden von Gizeh fallen dagegen 25 Euro Gebühr an, obwohl Berlin und Kairo lediglich 2.800 Kilometer trennen.

2. Verdrängungseffekte. Aufgrund dieser seltsamen Regelungen ist es für Fernreisende günstiger, etwa eine Verbindung über Amsterdam zu wählen statt eine über Frankfurt.

Mancher Passagier dürfte geneigt sein, die Luftverkehrssteuer zu umgehen und ab Maastricht oder Zürich zu starten.

3. Rechtliche Bedenken. Als Argument für eine Luftverkehrssteuer führt die Bundesregierung an, die Steuerfreiheit für Kerosin benachteilige andere Verkehrsträger wie die Bahn. Diese Ungleichbehandlung könne aufgrund internationaler Vereinbarungen nicht beseitigt werden. Doch auch die nun beschlossene Passagiersteuer ist nach Meinung von Luftfahrtjuristen angreifbar. Ebenfalls problematisch ist, dass sich Deutschland gegenüber der internationalen Zivilluftfahrtorganisation ICAO verpflichtet hat, keine neuen Belastungen für Fluggesellschaften einzuführen.

Importieren Sie aus Hongkong in nur einem Tag*

Expressversand oder weniger eilige Lieferungen. Dokumente, Pakete oder Fracht. Import oder Export. FedEx hat die Versandlösung, die zu Ihrem Geschäftserfolg beiträgt. **Besuchen Sie business.fedex.com**

FedEx bewegt eine Welt im Wandel

FedEx Express

* Die Laufzeiten können abhängig von Abhol- und Zielort variieren.

Überlassung eines Firmenwagens ist nicht so einfach zu widerrufen

Das Bundesarbeitsgericht hat mit Urteil vom 13.04.2010 (Az9 AZR 113/09) entschieden, dass eine in einem vorformulierten Vertrag enthaltene Klausel, nach der der Arbeitgeber die Überlassung eines Firmenwagens an den Arbeitnehmer aus wirtschaftlichen Gründen widerrufen kann, unwirksam ist.
Geklagt hatte eine Vertriebsmitarbeiterin, der ein Dienstfahrzeug zur Verfügung gestellt worden war, das sie auch privat nutzen durfte.

Die zugrundeliegende Formularvereinbarung sah vor, dass die Gebrauchsüberlassung aus wirtschaftlichen Gründen widerrufen werden kann und dies durch geeignete jährliche Maßnahmen sichergestellt werde.

Nachdem die Klägerin mit dem Auto lediglich ca. 29 450 km jährlich statt der prognostizierten 49 500 km gefahren war, widerrief die Beklagte die Gebrauchsüberlassung mit der Begründung, dass die vergleichsweise geringe Nutzung des Dienstfahrzeugs unwirtschaftlich sei.

Das Bundesarbeitsgericht bewertete die Widerrufsklausel als unwirksam, verwies die Sache allerdings zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an das Landesarbeitsgericht zurück, da es eventuell eine entsprechende Regelung in einer Betriebsvereinbarung gibt, die nicht der Inhaltskontrolle unterliegen würde. Die hier verwendete Widerrufsklausel ist jedoch unwirksam, weil eine Klausel, nach der eine Leistung aus wirtschaftlichen Gründen widerrufen werden kann, gegen § 308 Nr. 4 BGB in Verbindung mit § 307 Abs. 1 BGB verstößt. Sie benachteiligt den Arbeitnehmer unzumutbar, weil der Arbeitnehmer nicht erkennen kann, wann ein Arbeitgeber diese wirtschaftlichen Gründe als gegeben ansieht. Ansonsten könnte der Arbeitgeber nach Belieben in das Arbeitsverhältnis eingreifen und dessen Bedingungen ändern.

Arbeitgebern ist zu empfehlen, formularmäßige Klauseln sehr exakt zu formulieren oder aber mit ihren betroffenen Arbeitnehmern Individualvereinbarungen abzuschließen, die nicht der Inhaltskontrolle der §§ 305 ff. BGB unterliegen.

Rechtsanwalt Stefan Engelhardt
Der Autor ist Landesregionalleiter „Hamburg“ der Deutschen Anwalts- und Steuerberatervereinigung für die mittelständische Wirtschaft e.V.

Langsame Justiz wird teuer für den Staat

Den Schutz vor zu langsam arbeitenden Gerichten und Staatsanwaltschaften lässt der Staat sich etwas kosten. Ein Gesetzentwurf sieht erstmals die Möglichkeit vor, in derartigen Fällen eine sogenannte „Verzögerungsrüge“ zu erheben und gegebenenfalls Entschädigung zu verlangen.

Gerichtsverfahren in Deutschland werden in den meisten Fällen bereits zügig erledigt. Prozesse von unangemessener Dauer sind daher die Ausnahme, aber sie kommen vor. Damit Verfahrensbeteiligte besser geschützt sind, soll ein Entschädigungsanspruch gegen den Staat geschaffen werden. Bislang gibt es dafür im deutschen Recht keine eigene Rechtschutzmöglichkeit.

Bevor die Entschädigung geltend gemacht wird, muss der Betroffene die Verzögerung zunächst gegenüber dem Gericht rügen. Diese „Vorwarnung“ bietet den zuständigen Richtern Gelegenheit, bei berechtigter Kritik Abhilfe zu schaffen und schnell Maßnahmen zur Verfahrensförderung zu treffen. Für jeden vollen Monat der Verzögerung sieht das Gesetz eine Entschädigung von in der Regel 100 Euro vor. Die Ansprüche bestehen unabhängig von einer etwaigen Überlastung der Gerichte oder einer angespannten Personalsituation.

LÄNGE DER GERICHTLICHEN VERFAHREN IN DEN UNTERSCHIEDLICHEN GERICHTSBARKEITEN:

Zivilgerichte

Bei den Zivilgerichten dauern Verfahren in der Eingangsinstanz (bundes-) durchschnittlich zwar nur 4,5 Monate (Amtsgerichte) bzw. 8,1 Monate (Landgerichte). Die durchschnittliche Verfahrensdauer in den Ländern zeigt aber deutliche Abweichungen sowohl nach oben als auch nach unten. Bei den Amtsgerichten liegt die Spannweite zwischen 3,7 und 5,5 Monaten, bei den Landgerichten zwischen 5,9 und 9,9 Monaten.

Verwaltungsgerichte

Erstinstanzliche Verfahren vor den Verwaltungsgerichten dauern im Bundesdurchschnitt 12,3 Monate. Diesem Bundesdurchschnitt stehen in den Ländern deutlich andere Zahlen gegenüber. Die kürzeste durchschnittliche Verfahrensdauer pro Land beträgt 5,1 Monate, die längste durchschnittliche Verfahrensdauer in einem Land 32,0 Monate. 8,2 % der Verfahren dauern im Übrigen mehr als 24 Monate, 6,8 % mehr als 36 Monate. Ähnliche Unterschiede zeigen sich bei der Verfahrensdauer vor den Oberverwaltungsgerichten als Eingangsinstanz. Hier beträgt die Durchschnittsdauer in Bezug auf das ganze Bundesgebiet 14,0 Monate.

Finanzgerichte

Die Finanzgerichte brauchen durchschnittlich 18,0 Monate für ein erstinstanzliches Verfahren. Im Bundesland mit der kürzesten Dauer reichen dabei durchschnittlich 9,0 Monate, während die Bürgerinnen und Bürger im Bundesland mit der längsten Dauer mit durchschnittlich 26,1 Monaten rechnen müssen. 12,9 % der Verfahren dauern länger als 24 Monate, über 16,3 % länger als 36 Monate.

RECHT IM GESPRÄCH

Wolf-Dietrich Bartsch, Rechtsanwalt und Notar, stellt sich den Fragen unserer Leser

Rechtliche Fragen beherrschen unseren Alltag und auch das Miteinander im Berufsleben. Die Beziehungen zwischen Unternehmen stehen ebenso auf dem rechtlichen Prüfstand, wie die Vertragsverhältnisse zwischen Firmen und Verbrauchern.

Wir wollen helfen, mehr Licht in den Paragrafen-Dschungel zu bringen. Dazu geben wir Ihnen gerne die Gelegenheit, uns Fragen zu rechtlichen Problemen zu senden. Eine kurze Mail genügt. Wir werden jeden Monat ausgewählte Fragen veröffentlichen und beantworten oder zu aktuellen Themen Wissenswertes mitteilen.

Aber Achtung: *Es geht dabei nicht um eine individuelle rechtliche Beratung. Die erhalten Sie bei Ihren Rechtsanwälten vor Ort. Wir wollen vielmehr allgemeine rechtliche Tendenzen aufzeigen.*

So stellte uns unser Leser Karl S. eine Frage aus dem mietrechtlichen Bereich. Er besitzt einige Eigentumswohnungen und hat leider in letzter Zeit über Mietausfälle zu klagen. Ein Bekannter erzählte ihm von der Möglichkeit einer so genannten „Berliner Räumung“. Davon hat unser Leser jedoch noch nie gehört und möchte nun wissen, worum es dabei geht.

„Berliner Räumung“

Die „Berliner Räumung“ wird auch das „Berliner Modell“ genannt. Namensgeber ist die Stadt Berlin, was aber wohl nur damit zusammenhängt, dass es viele Urteile aus dem Berliner Raum zu dieser rechtlichen Problematik gibt. Die Berliner Räumung ist letztendlich ein Verfahren, um die hohen Kosten einer Zwangsräumung zu senken.

Ein Vermieter hat gegen seinen Mieter, der mit den Zahlungen in erheblichem Rückstand ist, einen gerichtlichen Räumungstitel erwirkt. Die Zwangsräumung wird durch den Gerichtsvollzieher vorgenommen. Der muss das gesamte Mobiliar aus der Wohnung räumen, abfahren, verwahren und letztendlich auch verwerten. Dass diese Arbeit mit erheblichen Kosten verbunden ist, liegt auf der Hand. Die Gerichtsvollzieher verlangen daher auch einen hohen Vorschuss für die Zwangsräumung vom Vermieter. Theoretisch hat der einen Erstattungsanspruch gegen seinen früheren Mieter. Wenn dieser aber schon nicht die Miete gezahlt hat, bleibt es meistens bei der Theorie.

Bei der „Berliner Räumung“ kann der Vermieter die Zwangsvollstreckung auf die Herausgabe der vermieteten Wohnung beschränken, wenn er sein Vermieterpfandrecht an sämtlichen in den Räumen befindlichen Gegenständen geltend macht. Der Vermieter beauftragt also den Gerichtsvollzieher nur mit der Herausgabe der Wohnung und nicht auch mit dem Leerräumen derselben. Selbst bei einem Streit zwischen Vermieter und Mieter, ob alle Möbelstücke, etc. des Mieters von dem Vermieterpfandrecht erfasst werden, hat der Gerichtsvollzieher nicht die Räumung der Wohnung vorzunehmen.

Tipp: Vorsicht ist geboten! Bei diesem Modell können schnell Fehler gemacht werden, die dann die Räumung deutlich verteuern. Wer als Vermieter rechtlich auf diesem Gebiet nicht fit ist, sollte auf jeden Fall anwaltliche Hilfe in Anspruch nehmen, um neben den ausgefallenen Mieten nicht auch noch mit erheblichen weiteren Kosten belastet zu werden.

Probezeitkündigung

Die Leserin Gerda F. beschäftigt zur Zeit ein ganz anderes Thema. Sie hat als Firmenchefin kürzlich die Personalvertretung von einer beabsichtigten Kündigung innerhalb der Probezeit unterrichtet. Dabei stieß sie auf sehr unterschiedliche Meinungen in der Arbeitnehmervertretung. Es herrschte Unstimmigkeit im Hinblick auf die Genauigkeit der Kündigungsbegründung.

Das Bundesarbeitsgericht gibt den Arbeitgebern bei Probezeitkündigungen einen weiten Spielraum. Eine Probezeitkündigung bedarf keiner sozialen Rechtfertigung. Die Probezeit dient vielmehr den Parteien des Arbeitsvertrages dazu, sich kennen zu lernen und sich und den Vertragspartner dahingehend zu überprüfen, ob eine längerfristige Zusammenarbeit möglich ist.

Für das Bundesarbeitsgericht ist es daher völlig in Ordnung, wenn der Arbeitgeber der Arbeitnehmervertretung lediglich die Umstände mitteilt, aus denen er subjektiv seinen Kündigungsentschluss herleitet. Konkrete Umstände müssen nicht genannt werden. Eine solche Mitteilung stellt bereits eine ordnungsgemäße Unterrichtung über den Kündigungsgrund dar. Schon pauschale, schlagwortartige Angaben können dabei das subjektive Werturteil des Arbeitgebers verdeutlichen. Details dürfen seitens der Arbeitnehmervertretung nicht verlangt werden.

Tipp: Ein Fachanwalt für Arbeitsrecht sollte auf jeden Fall zu Rate gezogen werden. So leicht auch die Begründungsvoraussetzungen für eine arbeitgeberseitige Kündigung während der Probezeit klingen, so viele Fehler können auch gemacht werden.

Schreiben Sie uns: rechtsfragen@mitmagazin.com

AKTUELLE URTEILE

rechtsfragen@mitmagazin.com

Minderung bei zu kleiner Wohnung

BGH; Urteil vom 10.03.2010; VIII ZR 144/09

Ein Vermieter sollte schon sehr genau darauf achten, was er in den Mietvertrag schreibt. Wird die Wohnungsgröße in qm aufgenommen, so muss die Angabe auch stimmen. Der BGH hatte einen Fall zu entscheiden, in dem zur Wohnungsgröße „ca. 100 qm“ vertraglich festgehalten war. Tatsächlich betrug die Wohnungsgröße nur 81 qm. Die Mieter verlangten die Rückzahlung der zu viel gezahlten Miete.

Der BGH gab ihnen Recht. Die Formulierung „ca.“ schützt den Vermieter nicht. Die Minderung hat die mangelnde Gebrauchtauglichkeit auszugleichen. Diese richtet sich nach der Abweichung des tatsächlichen Zustandes vom vereinbarten, wobei nur die Abweichung um mehr als 10 % bei der Berechnung des Minderungsbetrages zu berücksichtigen ist.

Mustergültige Mustergründung

OLG München; Beschluss vom 12.05.2010; 31 Wx 19/10

Seit geraumer Zeit besteht für zukünftige Unternehmer die Möglichkeit, günstig eine GmbH oder eine so genannte UG (haftungsbeschränkt) zu gründen. Das GmbH-Gesetz sieht ein vereinfachtes und damit kostengünstiges Verfahren mittels eines Musterprotokolls vor. Der Text ist in einer Anlage zum Gesetz vorgeschrieben. Abweichungen von dieser Vorgabe sind ausdrücklich nicht gestattet.

Das Oberlandesgericht München hatte nun einen Fall zu entscheiden, in dem es eine geringe Abweichung gab. Statt der im Protokoll vorgesehenen Kostenhaftung in Höhe von 300 Euro sah der abgeänderte Text eine solche in Höhe von 1.500 Euro vor. Das OLG entschied, dass so die Gründung im vereinfachten Verfahren nicht möglich ist und wies den Eintragungsantrag zurück. Es geht in einem solchen Fall von einer „normalen“ GmbH-Gründung aus. Für die gelten aber die nicht nur kostenmäßigen Erleichterungen der Gründung mittels Musterprotokoll nicht.

Geschenkt ist geschenkt – wiederholen ist...

BGH; Urteil vom 03.02.2010; XII ZR 189/06

Eine Hochzeit ist schön. Alle freuen sich mit dem frischgebackenen Ehepaar. Die Schwiegereltern sind (meistens) mit ihrem Schwiegerkind einverstanden und zufrieden, dass ihr eigenes Kind das große Glück gefunden hat. Gerne beteiligen sie sich an den Kosten des neuen Eigenheims. Doch dann ziehen düstere Wolken am Ehehimmel auf. Im Rahmen der Ehescheidung wird das Vermögen der Eheleute unter ihnen aufgeteilt. Man geht auseinander. Das war´s. So war es früher.

Der Bundesgerichtshof hat jüngst in einer neuen Entscheidung seine alte Rechtsprechung zu Schenkungen an das Schwiegerkind geändert. Die Geltendmachung von Rückforderungsansprüchen der Schwiegereltern ist erleichtert worden. Dass das eigene Kind im Rahmen des Zugewinnausgleichs anteilig von den Schenkungen profitiert hat, ist jetzt kein Grund mehr, Ansprüche der Schwiegereltern wegen des Wegfalls der Geschäftsgrundlage zu verneinen. Als Geschäftsgrundlage wird regelmäßig der Bestand der Ehe angesehen. Das Schwiegerkind muss also mit begründeten Ansprüchen seiner früheren Schwiegereltern nach Scheitern der Ehe rechnen.

Tipp: Schon bei der Schenkung sollte vertraglich vereinbart werden, welche Auswirkungen der Fall der Trennung der Eheleute haben soll. Dann besteht für alle Beteiligten zumindest finanziell Klarheit, und weitere hohe Kosten für einen Rechtsstreit neben der ohnehin schon belastenden Ehescheidung können vermieden werden.

Vorsicht bei Befristung !

BAG; Urteil vom 17.03.2010; 7 AZR 640/08

Das Gesetz über Teilzeitarbeit und befristete Arbeitsverträge (TzBfG) erleichtert dem Arbeitgeber die Einstellung von Arbeitnehmern für einen begrenzten Zeitraum. Allerdings muss es einen sachlichen Grund für die Befristung geben. Ausreichend ist insoweit die Prognose des Arbeitgebers, dass der betriebliche Bedarf an der Arbeitsleistung des befristet beschäftigten Arbeitnehmers nur zeitweise und nicht dauerhaft besteht.

Wird allerdings der Arbeitnehmer mit Arbeiten betraut, die ständige Aufgaben des bisherigen Personals waren und die wegen der von vornherein unzureichenden Personalausstattung nicht erledigt werden konnten, dann ist die Befristung nach neuester Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts nicht gerechtfertigt.

Zu spät ist nicht annulliert

BGH; Urteil vom 18.02.2010; Xa ZR 95/06

Europa hat es möglich gemacht! Wird ein Flug annulliert, steht dem Fluggast bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen eine Ausgleichszahlung nach der Verordnung (EG) Nr. 261/2004 zu. In dem vom Bundesgerichtshof zu entscheidenden Fall war der Flug jedoch nicht annulliert worden. Die Fluggäste erreichten ihr avisiertes Ziel vielmehr mit einer mehrstündigen Verspätung. Ihre Maschine war bereits verspätet abgeflogen.

Der BGH stellte zunächst fest, dass der Flug trotz des verspäteten Starts nicht annulliert war und auch nicht als annulliert angesehen werden kann. Wegen des wesentlich verspäteten Abflugs kommt dennoch ein Anspruch auf die in Art. 7 der Verordnung vorgesehene Ausgleichszahlung in Betracht. Eine wichtige Voraussetzung ist dabei, dass der Fluggast sein Ziel nicht früher als drei Stunden nach der ursprünglich geplanten Ankunftszeit erreicht. Im vorliegenden Fall kamen die Passagiere mit eine Verspätung von mehr als 25 Stunden auf dem Zielflughafen an.

AUTO-TEST

Das Auto mit den 3 Motoren

Der LEXUS RX 450h: ein Vollhybrid mit 3 Motoren

Von Günter Kohl

Ein edles Teil, dieser Lexus RX 450h. Vollgestopft mit Technik, mit der man sich erst mal vertraut machen sollte, hochwertig ausgestattet mit allen Annehmlichkeiten, die man aus der Oberklasse kennt, ist das gut zwei Tonnen schwere Fahrzeug ein Eye-Catcher im Straßenverkehr.
Ein Vollhybrid à la Lexus stellt die derzeit technologisch anspruchsvollste aber auch effektivste Art und Weise dar, Spitzenleistung und Umweltverträglichkeit zu vereinen. So mutet es fast schon unglaublich an, dass der neue RX 450h als Hybrid-SUV der zweiten Generation sich bei einer Leistung von 220 kW/299 PS mit einem Durchschnittsverbrauch von 6,3 Litern je 100 Kilometer begnügt, bzw. lediglich 148 Gramm CO_2 je Kilometer ausstößt.

Es klingt paradox, aber wer mit einem Hybridfahrzeug besonders sparsam unterwegs sein möchte, sollte öfter mal Vollgas geben; speziell auf Landstraßen und Autobahnen. Der Grund für den Spareffekt: Beim vollen Beschleunigen nutzt ein Lexus Vollhybrid die „Gratis"-Energie aus der Hybridbatterie, um über den Elektromotor zusätzliche Antriebskraft zu generieren – er beschleunigt also besonders effizient. Nach der kurzen Kraftanstrengung kann das Benzintriebwerk mit geringer Last laufen, um die Wunschgeschwindigkeit zu halten.

Bei Geschwindigkeiten bis zu 80 km/h lässt sich mit einem Lexus Hybrid in der Ebene und erst recht im leichten Gefälle unter reiner Nutzung des Elektroantriebs das Tempo bequem halten. Voraussetzung für den erfolgreichen „Segelflug" über mehrere Kilometer ist lediglich ein sensibler Gasfuß. Das frühzeitige leichte Antippen des Bremspedals ist beim Ausrollen, etwa in einer Autobahnausfahrt, durchaus sinnvoll, weil daraufhin nicht die Scheibenbremsen in Aktion treten, sondern die elektrische Energierückgewinnung. Über den Widerstand des Generators im Planetengetriebe wird die kinetische Energie in elektrische Spannung umgewandelt und in der Hybridbatterie gespeichert. Frühes Bremsen führt also nicht zu erhöhtem Bremsenverschleiß, sondern steigert die Energierückgewinnung und hilft, die Hybridbatterie rasch wieder aufzuladen.

Der EV-Modus des Lexus RX 450h erlaubt es, bis zu einem Tempo von ca. 42 km/h rein elektrisch zu fahren und dabei die volle Beschleunigungskraft der Elektromotoren einzusetzen.

Wahre Größe für Passagiere und Gepäck

DER NEUE SKODA SUPERB COMBI IST EINE RAKETE

Sein erster Auftritt auf der IAA in Frankfurt wurde vom anhaltenden Beifall des Fachpublikums und der Messebesucher begleitet. Der Superb Combi, die elegante und höchst geräumige Variante der im vorigen Jahr eingeführten Superb Limousine, präsentiert sich ebenso formvollendet wie multifunktional und bereichert das Angebot in der Oberen Mittelklasse. Einmal mehr setzt die tschechische Traditionsmarke Maßstäbe in Sachen Raum und Komfort. Der Superb Combi hat dabei den Blick aufgrund höchster Material-Qualität, sorgsamster Verarbeitung und einem breit gefächerten Angebot leistungsstarker und sparsamer Motoren auch auf höher angesiedelte Wettbewerber gerichtet. Fünf Triebwerke, zwei Diesel und drei Benziner, stehen zur Wahl. Sie bieten ein Leistungsspektrum von 92 kW (125 PS) bis 191 kW (260 PS). Ausgewählte Aggregate werden mit DSG-Getriebe angeboten. Der Allradantrieb mit einer Haldex-Kupplung der vierten Generation kann mit den Motoren 1,8 TSI und 2,0 TDI CR (125 kW/170 PS) kombiniert werden, beim 3,6 FSI ist das variable 4x4-System serienmäßig an Bord.

Das Design des Superb Combi ist unverwechselbar. Vorn weist das typische Škoda-Gesicht mit dem markanten Kühlergrill eindeutig die Familienzugehörigkeit aus, die formvollendete Heckpartie mit dem Rückleuchten-Design in Form eines „C" und eine dynamische Silhouette abgerundet durch die serienmäßige Dachreling lassen den Superb Combi aus dem aktuellen Marktangebot deutlich herausragen.

Der Superb Combi wäre kein Škoda, wenn er nicht mit einer ganzen Reihe von cleveren Detaillösungen auf die Reise gehen würde. Schade nur, dass die Mutter Volkswagen offenbar beabsichtigt, der Tochter Skoda den Bau solch anspruchsvoller und dabei preiswerter Autos zu untersagen...

G. K.

Der Innenraum des Superb Combi ähnelt dem eines Oberklasse-Autos

BMW X6

Ein Bolide mit Geländekompetenz

Ein tolles Auto, in USA gebaut für den außereuropäischen Markt

Schon auf der Überführungsfahrt von München nach Hamburg gewannen wir die ersten Eindrücke: Der neue, in USA gebaute, BMW X6 in der Version des 3,0 Liter Diesel, erwies sich immer wieder als Blickfang. Zugegeben: Diese Kombination aus Offroader und Sportwagen ist ebenso ungewöhnlich wie selten. BMW nennt sein Geländewagen-Coupé ein SAC (Sports Activity Coupé). Die Frontpartie hat der Luxus-Liner, dessen Preisspanne zwischen 56.000 und knapp 100.000 Euro liegt, vom X5 geerbt, mit dem er sich auch einen großen Teil der Technik teilt. Er ist jedoch drei Zentimeter länger, fünf Zentimeter breiter und vier Zentimeter niedriger als sein älterer Bruder. Außerdem ist er ein Viersitzer mit einem deutlich kleineren Kofferraum – ein Sportwagen eben.

Diese Charaktereigenschaft unterstreichen der permanente Allradantrieb, die spurtfreudigen Triebwerke (Benziner und Diesel) mit ihrer Leichtigkeit und dennoch bulligen Antriebskraft sowie die serienmäßige Sechsgang-Automatik. Klar, dass die Innenausstattung und die vielen Fahrer-Unterstützungssysteme keine Wünsche offen lassen.

Nach mehr als 700 Kilometern mit zwei ganz kurzen Pausen kamen wir völlig entspannt in Hamburg an. Keine Staus, kein Ärger auf der Autobahn, was sicherlich auch an dem Respekt verschaffenden wuchtigen Äußeren dieses Boliden lag und obendrein machte uns auch Freude beim Verbrauch. 9,4 Liter Diesel betrug der Durchschnittsverbrauch, angesichts des Gewichts und des Allradantriebs eine akzeptable Größe. Was bleibt, ist die Frage nach der Nachfrage. Da ist sich die Auto-Presse ziemlich einig: Ein hervorragendes Auto, beste Verarbeitung, höchste Qualität, aber wahrscheinlich auf Deutschlands Straßen und in Deutschlands Städten wohl auch weiterhin nur eine Rarität. Anders dagegen sieht es bestimmt in den USA, am Golf, in Russland oder in China aus.

Günter Kohl

DER NEUE MITSUBISHI ASX

Sportlicher Kompakt-Crossover

Mit dem neuen ASX offeriert Mitsubishi unterhalb des populären Outlander ein sportliches Crossover-Modell in der Kompaktklasse. Mit der markentypischen „Jetfighter"-Front lässt der Mitsubishi ASX an seiner Herkunft keine Zweifel aufkommen, auch der Innenraum vermittelt sportlich-individuelles Flair: Instrumente mit Schirmkappen, eine chromumrandete Schaltkonsole, silberfarbene Applikationen, hochwertig aufgeschäumte Oberflächen und Sitzbezüge mit einer neuen Prägestruktur setzen hier Akzente.

Mit dem Outlander teilt der ASX nicht nur 70 Prozent seiner Komponenten, auch der Radstand ist mit dem des „größeren Bruders" identisch. Damit erreicht der kompakte Crossover fast die Dimensionen der nächsthöheren Klasse und bietet auf Vordersitzen und Rückbank Komfortmaße, die deutlich über den Standards des C-Segments liegen. Dem Fahrer steht eine in Neigung und Längsrichtung justierbare Lenksäule zur Verfügung, im Fond runden neigungsverstellbare Rücksitzlehnen das funktionale, reisetaugliche Ambiente ab.

Reisetauglich sind auch Ladevolumen und Variabilität des ASX. Je nach Position der hinteren Rückenlehnen stehen zwischen 419 und 442 Liter, bei voller Nutzung der (60:40) geteilt umklappbaren Fondbank, bis zu 1.219 Liter Frachtkapazität zur Verfügung. Weiteren Stauraum bieten eine ausstattungsabhängige Ski-Durchladevorrichtung und ein Unterflurfach mit knapp 30 Liter Inhalt.

Ein besonders markantes Technikdetail des Mitsubishi ASX ist ein neuentwickeltes 1.8 DI-D Common-Rail-Dieseltriebwerk mit einer Leistung von 110 kW/150 PS, DPF-Partikelfilter und dem Abgasstaus Euro 5. Als erster Pkw-Dieselmotor weltweit verfügt es auf der Einlassseite über eine variable Ventilsteuerung.

Eine umfangreiche Serienausstattung und hochwertige Optionen runden das innovative Konzept des Mitsubishi ASX ab. Bereits das Einstiegsmodell bietet die komplette Sicherheitsausstattung sowie CD/MP3-Radio mit AUX-Eingang für externe Musikgeräte, elektronische Stabilitäts- und Traktionskontrolle (MASC/MATC), Bremsassistent und Berganfahrhilfe (HSA) sowie elektrische Scheibenheber und Außenspiegel.

G. K.

Den neuen Mitsubishi ASX gibt es als Einstiegsmodell bereits ab rund 18.000 Euro

Glücksmomente auf der A-Rosa VIVA

Elke und Joachim Frauendienst aus Planegg in Bayern waren im Juni einige Wochen auf Sylt, jetzt sind sie auf ihrer zweiten Gourmet-Reise mit der A-ROSA unterwegs

Kann Genuss denn Sünde sein? Darf man nicht mal eine Diät verweigern und stattdessen sich von großen deutschen Kochartisten mit außergewöhnlichen Feinschmecker-Menüs verzaubern lassen? Bei Käse-, Wein-, Schokoladen- und Champagnerverkostungen die übellaunigen Vorsätze über Bord werfen und sich lustvoll dem Genuss hingeben? Jawohl - man darf! Und während wir die Köstlichkeiten genießen, zieht die schmucke VIVA gemächlich vorbei an wechselnden Landschaften und wartet zusätzlich auf – mit beglückenden Ausblicken und Naturerlebnissen.

Von Brigitte Kohl

Der Kurs Feinschmecker Rhein & Mosel auf dem A-ROSA-Flussschiff bietet Besichtigungen und vortreffliche Menüs auf Weingütern, hochkarätige, zum Teil sternegeschmückte Gastköche zieren das Schiff, darunter Claudia Schröter und Oliver Heberlein. Sie verwöhnen mit abendlichen Gourmet-Menüs, während Patissier Oliver Edelmann, Wein- und Käsespezialist Christian Budde und Master-Sommelier Hendrik Thoma tagsüber zu Seminaren mit Verkostung und Tastings bitten. Jeder dieser Mitwirkenden glänzt mit Charme, Sachkenntnis als auch Produktbegeisterung und weiß das Publikum für sich einzunehmen.
Nebenbei werden Menüs erläutert und Fragen beantwortet: Seit wann gibt es überhaupt Käse, welcher Wein zu welchem Käse, wie groß ist das Weinanbau-Gebiet Mosel, der immerhin steilsten Weinberg-Lage der Welt, wie wird Champagner hergestellt, wie das Champagnerglas beim Einschenken gehalten und wie das Weinglas, wie ist der Weg von der Kakaofrucht zur Schokolade, welche Schokolade zu welchem Wein, was macht den Unterschied zwischen einer weißen und einer dunklen Schokolade oder wie lange sind Pralinen haltbar?

Vielfältiges Angebot

Sie lassen sich was einfallen und arbeiten beständig an Verbesserungen und Erweiterung ihres vielfältigen Angebots, die Verantwortlichen der A-ROSA Flussschiff GmbH. Ihre Flotte bietet neben kulinarischen Genüssen mit einem reichhaltigen Büfettkonzept stilvollen Wohlfühl-Urlaub im Vier-bis-Fünf-Sternebereich, überdurchschnittlich große Kabinen, davon viele mit französischem Balkon, gepflegte, luxuriöse Umgebung, Wellness, Sauna, Massagen, Fitness, Entspannung, Sonnendecks, Freizeitprogramme und Ausflüge zu Fuß oder mit dem bordeigenen Fahrrad. „Gerade, wenn es um Hochgenuss geht, setzen wir gern auf Superlative“, betont Jörg Boeckmann von der Geschäftsleitung und meint nicht allein die Feinschmecker-Reise, sondern verweist darüber hinaus auf zahlreiche Neuigkeiten. „Ab 2011 werden wir Rhein/Mosel/Main bereisen. Und um unseren Gästen die jeweilige Destination noch besser darzubringen, bieten wir auch Ausflüge außerhalb des normalen Erlebens, z. B. im Jeep oder auf einem Pferd.“ Er beschreibt sein „Produkt“ als maßgeschneidert für ein deutschsprachiges, anspruchsvolles Publikum, das interessiert ist an Städte- und Rundreisen, Natur und Kultur, Aktiv- und Wellnessurlaub, Gourmet- und Genuss-Themen. Kontaktfreude, Weltoffenheit und wirtschaftliche Unabhängigkeit zeichnen das A-ROSA-Publikum aus.

Auch im kommenden Jahr sollen die erfolgreich verlaufenen Genuss-Reisen fortgesetzt werden, verspricht Boeckmann. Mit Frankfurt wird ein weiterer Basis-Hafen betrieben, von wo aus 2011 acht fünf-, sieben- und achttägige Routen starten. Neu sind Kurzreisen für Einsteiger.

Im Dezember geht’s zunächst zu den Rhein-Weihnachtsmärkten: An fünf Tagen in entspannter, weihnachtlicher Atmosphäre.

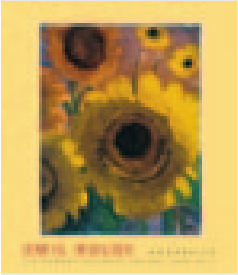
Mit der A-ROSA-VIVA durch die einzigartige Natur der Mosel-Region

BÜCHER

Duden 2010
Die deutsche Rechtschreibung
25. Auflage mit CD-ROM, 1.216 S.
Preis 29,95
Dudenverlag, ISBN 978-3-411-70725-6

Neben der aktuellen, 25. Auflage des Standardwerks der deutschen Rechtschreibung enthält das Duden-Medienpaket 2010 eine leistungsstarke CD-ROM mit der neuen Version der Rechtschreibprüfung für MS Office und Works und dem Duden digital. Unterstützt werden alle MS-Office-Pakete ab Version 2000 bis 2010. Der neu entwickelte Duden-Thesaurus bietet dem Nutzer 300.000 Synonyme zu rd. 100.000 Wörtern. So kann der Anwender nach passenden und sinnverwandten Wörtern zu einem bestimmten Begriff suchen.

Emil Nolde
Aquarelle
DuMont-Kunstkalender 2011
34,5 x 40,0 cm, 15,95 Euro
DuMont Verlag, ISBN 978-3-8320-1598-5



Aus der vielfältigen Kalender-Edition des DuMont-Verlags ragt ohne Zweifel der Kalender mit Nolde-Aquarellen hervor. Die exzellente Bildauswahl umfasst 13 Motive und wurde exklusiv von der Nolde-Stiftung zusammengestellt. Ergänzt wird der Kalender um kenntnisreiche Werkbeschreibungen und eine Biografie des Künstlers aus kundiger Feder: Autor ist der Leiter der Nolde-Stiftung Seebüll, Prof. Dr. Manfred Reuther.

Codes
Die geheime Sprache der Produkte
Geb., 215 S., 29,80 Euro
Haufe Verlag, ISBN 978-3-648-00301-5

Was sind die Codes erfolgreicher Produkte? Wie funktioniert das im Gehirn? Und wie kann man das für die eigenen Produkte nutzen? Auf Basis neuester Erkenntnisse der Neuropsychologie entschlüsselt das Buch die geheimen Codes von Produkten: Warum wir sie kaufen, wie wir sie nutzen. Ein überaus interessanter Beitrag zum Thema „Neuromarketing“

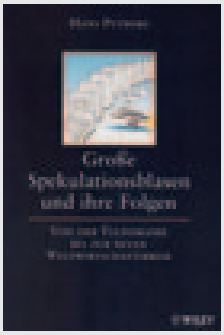
Wege am Meer
DuMont Fotokalender 2011
44,5 x 48,0 cm, 24,95 Euro
DuMont Verlag, ISBN 978-3-8320-1590-9

Zwölf unterschiedliche Ansichten vom Meer präsentieren sich in außergewöhnlichen Fotografien, begleitet von ausgesuchten literarischen Texten. Der Clou aber ist der Druck dieser großformatigen Bilder von Rainer Groothuis in Schwarzweiß, in einem eleganten Duoton.

Shake your Life
Ralph Goldschmidt
Geb., 224 S., 29,90 Euro
Gabal-Verlag, ISBN 978-3-86936-107-9

Der Traum von der schnellen Karriere ist ausgeträumt. Bei den Menschen heute steht eine gesunde Mischung aus Privatem und Arbeit ganz oben auf der Wunschliste an ihrem Arbeitsplatz. Work-Life-Balance ist besonders für jüngere Arbeitnehmer wichtiger als Arbeitsplatzsicherheit, Höhe des Gehalts, Unabhängigkeit, Firmenwagen – so das Ergebnis einer Umfrage. Über die Figur des Barmixers Hans vermittelt der Autor dem Leser seine Botschaft zu mehr Leistungskraft und Lebensglück.

Große Spekulationsblasen und ihre Folgen
Geb., 234 S., 19,90 Euro
Wiley Verlag, ISBN 978-3-527-50406-0



Was muss passieren, damit eine einzige Tulpenzwiebel 5.500 Gulden kostet und eine Aktie zwischen Mai und Dezember einen Kursgewinn von 1.600 % erzielt, obwohl ihr innerer Wert nicht zunimmt? Warum sind die Immobilienpreise in Japan zeitweise so stark gestiegen, dass 5 qkm Tokio dem Wert von ganz Kalifornien entsprachen? Der Autor stellt in seinem Buch die unterschiedlichsten Spekulationsblasen dar und versucht sich an verschiedenen Ansätzen zur Erklärung ihrer Ursachen.

Ratgeber-Reihe Duden-Praxis
(kompakt)
Preis je nach Umfang
zwischen 5,95 und 16,95 Euro

Sich überzeugend und professionell zu präsentieren, ist heute wichtiger denn je. Ein Geschäftsschreiben einfach und doch korrekt zu formulieren oder einen sprachlich überzeugenden Vortrag zu halten sind wichtig – im Privat- wie im Arbeitsleben. Dazu bietet die Ratgeber-Reihe des Dudenverlags kurze und prägnante Hilfe an. Dies gilt auch für „Kaufmännisches Rechnen“, „Kommasetzung“ und „Stilsicher schreiben“.

Achtung

Wir verlosen einige der vorgestellten Bücher!

Interessierte Leserinnen und Leser können an der Verlosung teilnehmen. Bitte senden Sie ein Mail an den Verlag mit Ihrer Adresse unter dem Stichwort „Bücher“.
info@mitmagazin.com

Viel Glück! Ihre Redaktion

Ohne Stammwähler geht es nicht

MIT und MU bereiten Parteitage vor

Auf einer Regionalkonferenz in Fürth haben sich die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung (MIT) und ihre bayerische Schwester, die Mittelstands Union (MU), auf die Parteitage von CSU und CDU vorbereitet. Rund 30 Anträge legt der Unions-Wirtschaftsflügel den Mutterparteien zur Verabschiedung vor. Darunter auch Forderungen zur Steuer- und Einkommensteuer-Reform. Letztere müssten, so MU-Vorsitzender Dr. Hans Michelbach, MdB, unbedingt noch in dieser Legislaturperiode kommen, im Gegensatz zu dem, was derzeit aus Regierungskreisen verlaute. Michelbach wandte sich gegen die Strategie der „Wählerdemobilisierung", die nicht zum Ziel geführt habe: „Es mag ja sein, dass mit Stammwählern allein keine Wahlen zu gewinnen sind, aber ohne sie geht es schon gar nicht!"

MIT-Bundesvorsitzender Dr. Josef Schlarmann erläuterte in der Geburtsstadt Ludwig Erhards dessen Credo vor dem Hintergrund der aktuellen Politik: „Ist die Union noch eine konservative Partei und wie sehen wir uns selbst?" Schlarmann zitierte Franz-Josef Strauß, der stets davon gesprochen habe, dass Konservative an der Spitze des Fortschritts marschieren. In diesem Sinne sei das Projekt „Stuttgart 21" ein durch und durch konservatives.

Der stellv. MIT-Bundesvorsitzende Peter Ibbeken plädierte dafür, sich mehr den 120.000 jährlichen Emigranten zuzuwenden, jenen Facharbeitern und Akademikern, die jedes Jahr Deutschland verlassen. Unverständnis zeigte Ibbeken gegenüber dem Finanzminister, der eine Bereinigung der Mehrwertsteuer Sätze ablehne, weil sie nicht genügend einbrächte: „Wo steht eigentlich geschrieben, dass es ein Ziel der Steuerpolitik sein muss, mehr statt weniger Steuern einzunehmen?"

In zahlreichen Wortbeiträgen beklagten die Mittelständler das fehlende Vertrauen in die Politiker, es gebe niemanden mehr, der einmal „auf den Tisch haue", Stromlinienförmigkeit sei angesagt. Ein Handwerksmeister: „Dabei sind wir es, die Unternehmer, die die Arbeitsplätze schaffen und das Geld verdienen, das andere verteilen. Wir müssen die Linie vorgeben, auch in der Politik. Wir sind uns unserer Macht überhaupt nicht bewusst!" *G.K.*

Foto: Christopher Peter

Unter Leitung des MIT-Bundesvorsitzenden **Josef Schlarmann** (am Pult) und seines Stellvertreters **Hans Michelbach** bereiteten MIT und MU sich auf die anstehenden Parteitage vor

Wirtschaftsförderer für die Region

„Die Präsentationstrecke Bilster Berg ist ein Leuchtturmprojekt für die wirtschaftliche Entwicklung unserer Region und wird somit für die mittelständischen Unternehmen des Kreises Höxter von nicht unerheblichem Interesse sein." Mit diesen Worten begrüßte der MIT-Kreisvorsitzende in Höxter, Klaus-Dieter Leßmann, ca. 100 Mitglieder und Gäste zu einer Informationsveranstaltung über die Planung und Ausführung der Teststrecke Bilster Berg. Geschäftsführer Hans-Jürgen von Glasenapp gab zu Beginn einen detaillierten Überblick über das Projekt. Das 1994 von der Nato als Munitionsdepot aufgegebene 83 Hektar große Gelände soll mit einem Aufwand von 34 Millionen EUR zu einer Test- und Präsentationsstrecke für die Automobilindustrie ausgebaut werden. Zum Abschluss konnten die MIT-Mitglieder in Geländewagen den Off-Road-Bereich der Strecke testen und bei einem Barbecue ins Gespräch kommen.

THEATER IM BAUERNHAUS

Der Einladung der MIT Ammerland zu ihrer Traditionsveranstaltung im Ammerländer Bauernhaus waren in diesem Jahr 130 Gäste gefolgt. Geboten wurde die Inszenierung des Theaterstückes „Dat Hörrohr". Nach einer gemütlichen Einstimmung genossen die Gäste das zweistündige Theaterstück. Als Dankeschön für die eindrucksvolle Darbietung überreichte der MIT-Kreisvorsitzende Stefan Pfeiffer den Schauspielern zum Abschluss ein kleines Präsent.

Die Mitglieder der MIT

Dr. Heiner Austrup ist seit 2005 Mitglied der MIT in Harburg-Land. Der Facharzt für Orthopädie und Unfallchirurgie ist beruflich als Chefarzt der orthopädischen Abteilung am Krankenhaus Winsen (Luhe), dem akademischen Lehrkrankenhaus der Universität Hamburg, tätig. Er ist Mitglied in den Bezirksvorständen der kassenärztlichen Vereinigung und der Ärztekammer Niedersachsen. Vor fünf Jahren trat er aus Überzeugung in die MIT ein: „Die Modernisierung des Gesundheitssystems in unserem Lande ist eine Zukunftsherausforderung. Dabei hat man die Wahl, sich als Beobachter der Politik an den Seitenrand zu stellen und unliebsame Entscheidungen zu beklagen, oder man gestaltet die Politik aktiv mit. Ich habe mich bewusst für Zweiteres entschieden und bin daher Mitglied der MIT geworden. Hier habe ich die Möglichkeit, meine Vorstellungen für eine generationengerechte Reform des Gesundheitssystems einzubringen. Nach meiner Überzeugung muss ein stärkeres Bewusstsein für Kosten, Eigenverantwortung und Wettbewerb gerade im Gesundheitswesen geschaffen werden. Bei der MIT bin ich mit diesen Positionen richtig aufgehoben. Zudem sind Praxen niedergelassener Ärzte und auch Krankenhäuser typische mittelständische Unternehmen mit großer volkswirtschaftlicher Bedeutung. Im Gesundheitsmarkt finden wir deshalb auch die klassische Klientel der MIT.“

Keine guten Noten für die europäische Politik

Der MIT-Bezirksverband Niederrhein unter dem Vorsitz von Michael Darda hatte zum traditionellen politischen Frühstück in den Klingerhuf eingeladen und rund 100 Gäste waren der Einladung gefolgt. Gastreferent Peter Jungen, Präsident der SME Union und MIT-Bundesschatzmeister, bezeichnete die Wirtschaftskrise der Jahre 2008 und 2009 als längst überfällig. Wirtschaftskrisen habe es immer gegeben. Dass es bis zu dem jüngsten Crash so lange ruhig war, liegt nicht an der besonderen Politik der vergangenen Jahre, sondern an der politischen Entwicklung durch Nationalsozialismus und Kommunismus nach der Weltwirtschaftskrise von 1929 und dem Zweiten Weltkrieg. Jungen führte aus: „Auffallend ist, dass in fast allen Krisen die Banken eine wesentliche Rolle gespielt haben. Das ist auch in der jüngsten Krise nicht anders gewesen, wobei die Banken unter staatlicher Beteiligung, also die Landesbanken, am meisten betroffen sind.“ Am Beispiel Griechenland machte Jungen deutlich, wie fahrlässig es war, dieses Land in die Eurozone aufzunehmen. „Seit elf Jahren werden dort die Stabilitätskriterien verletzt. Jeder wusste es, aber niemand ergriff Sanktionen.“

Europa gibt viel Anlass für Diskussionen (v.l.n.r.): Ulrich Erens (MIT-Kreisvorsitzender Wesel), Maik Giesen (stellv. MIT-Vorsitzender Niederrhein), Peter Jungen, Michael Darda und Klaus Plonka (Vorsitzender CDU Neukirchen-Vluyn)

MIT-Internet Relaunch 2010

Info: www.mittelstand-deutschland.de und bestellen Sie den WEB2010 Internet Flyer der MIT unter: service@mittelstand-deutschland.de

Längst vorbei sind die Zeiten, in denen Internetseiten starre Bildschirm-Visitenkarten waren, mit denen sich Unternehmen oder Verbände online präsentieren mussten. In der virtuellen Welt scheinen sich die Uhren noch etwas schneller zu drehen als im normalen Geschäftsleben. So zwitschern Termine per Twitter, jeder Schritt wird per Facebook begleitet und es existiert kein Thema, dass nicht per Massen-Blog diskutiert oder filmisch in Youtube veröffentlicht wird. Manches ist großer Quatsch, andere online-Trends dagegen sinnvoll.

Ab November präsentiert die MIT eine relaunchte Internetseite. Darin kombinieren wir Bewährtes mit Neuem – alles unter dem Anspruch: modern, bedienerfreundlich, übersichtlich und informativ. Außerdem verlinken wir zu allen unseren Landes-, Kreis-, Stadt- und Bezirksverbänden, die ebenfalls online präsent sind. Mit der neuen Navigationsstruktur wird die Suche nach Informationen in einem frischen Design noch einfacher und bedienerfreundlicher. Unseren Regionalverbänden bieten wir, angelehnt an unser neues Design, einen eigenen Internetauftritt per Baukasten an. Sie können ohne Kenntnisse der WEB-Programmierung Inhalte, Bilder und Termine einpflegen.

Hans-Dieter Lehnen, Hauptgeschäftsführer

CSU und Mittelstand - passt das noch zusammen?“

Unter diesem provokanten Titel trafen sich schon um 8.00 Uhr morgens über 30 Teilnehmer der MU Dingolfing mit Staatsminister a.D. Erwin Huber, MdL, zum Unternehmerfrühstück im Gasthaus zur Post der Brauerei Rieger. Nach einer Führung durch die Brauerei, die mittlerweile in der vierten Generation von der Familie Sturm betrieben wird, diskutierten der frisch gewählte stv. Bezirksvorsitzende Hans Brennsteiner und die Anwesenden mit Erwin Huber über die aktuellen Probleme der Mittelständler mit der Politik der CSU. Doch nicht nur die Landes- und Bundespolitik war Gegenstand der Debatte, auch die immer weiter um sich greifende Regulierungswut der EU wurde angeprangert. Bei allen Differenzen stellte Erwin Huber am Ende dennoch klar: „Die CSU braucht den Sachverstand des Mittelstandes. Das Miteinander ist entscheidend.“

Erwin Huber stellte sich beim Unternehmerfrühstück in Dingolfing der Diskussion

Peter Erl als Vorsitzender bestätigt

Zwei weitere Jahre wird Peter Erl, Bundesvorstandsmitglied der MIT, die MU Niederbayern als Vorsitzender anführen. Auf der Bezirksdelegiertenversammlung bestätigten die Delegierten ihn einstimmig im Amt. Vor rund 50 Gästen und Delegierten, unter ihnen die Bundestagsabgeordneten Kalb, Hinsken und Straubinger, MdL Bernd Sibler, der Landrat und CSU-Kreisvorsitzende Christian Bernreiter sowie der CSU-Bezirksvorsitzende Manfred Weber, MdEP, konnte der alte und neue Bezirksvorsitzende in seinem Rechenschaftsbericht auf zwei ereignisreiche Jahre zurückblicken. So hat sich die MU mit ihm schnell Gehör in den Gremien von CSU und MU verschafft. Peter Erl dankte seinen Mitstreitern in der Vorstandschaft und ehrte zudem drei langjährige Mitglieder des Bezirksvorstandes. Otto Glas, Hermann Wurm und Walter Gschwendtner haben sich seit 1979 im Vorstand engagiert und bekamen zum Dank jeweils eine Glasskulptur.

Als Stellvertreter fungieren im neuen Vorstand Hans Brennsteiner, Hubert Girschitzka, Rainer Alois und Franz-Xaver Scherl. Die Kasse führt auch weiterhin Walter Gschwendtner, die Schriftführer heißen Johann Wagner und Franz Hollmayr.

MU Neumarkt diskutiert

Zum neuen „Bilanzierungs-Modernisierungsgesetz“ hatten der Kreisvorsitzende Günther Braun und die MU Neumarkt zur Podiumsdiskussion geladen. Internationale Komponenten erhalten mit der Gesetzesnovelle nun Einzug in das deutsche Bilanzierungsrecht. Prof. Dr. Susanne Schmidt-Pfeiffer, Steuerberaterin und Dozentin, gab einen kurzen Überblick über die wichtigsten Änderungen. In der anschließenden offenen Diskussionsrunde nutzten die anwesenden Mittelständler intensiv die Gelegenheit mit Dr. Stefanie Alt von der Nürnberger Versicherung, Reinhard Rieger von der IHK Regensburg und Stefan Wittmann von der Sparkasse Neumarkt unter der Leitung von Bernd Hörauf zu debattieren.

Herbstfahrt der MU Hof

Bei herrlichem Wetter unternahmen Mitglieder, Freunde und Bekannte der MU einen Ausflug ins Unterfränkische. Die Gruppe besichtigte das Atomkraftwerk Grafenrheinfeld. Nach einem aufschlussreichen Film, ausführlichen Erklärungen und einem Rundgang durch das AKW schloss sich eine intensive Diskussion rund um Nutzen, Kosten und Gefahren der Kernenergie an. Im Anschluss ging die Reise weiter nach Würzburg ins historische Restaurant „Backöfele“. Mit dem Schiff ging es über den Main nach Veitshöchheim zum Weingut „Hart“ in Thüngersheim. Nach einem Rundgang über das Weingut hatte die Gruppe noch Gelegenheit zu einer ausgiebigen Weinprobe.

NAMEN SIND NACHRICHTEN

MIT in CDU-Bundesfachausschüssen

Die CDU Deutschlands hat für die 17. Legislaturperiode nachstehende MIT-Vertreter in die Bundesfachausschüsse berufen:

- Arbeit und Soziales, Gesundheitspolitik: **Jürgen Presser**
- Bildung, Forschung und Innovation: **Bernd Wirkus**
- Entwicklungszusammenarbeit und Menschenrechte: **Frank Gotthardt**
- Familie, Senioren, Frauen und Jugend: **Marie-Luise Dött, MdB**
- Klima-, Umwelt und Energiepolitik: **Dieter Bischoff**
- Wirtschafts- Haushalts- und Finanzpolitik: **Peter Jungen**

MIT-Bezirk Ruhrgebiet

Philipp Mißfelder, CDU-MdB und Bundesvorsitzender der Jungen Union Deutschlands, ist neuer Vorsitzender des Bezirks Ruhrgebiet der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung. Er gehört als kooptiertes Mitglied dem MIT-Präsidium an.

MIT Saar

Bernd Wegner, MdL, ist neuer MIT-Landesvorsitzender im Saarland. Jürgen Presser wurde mit der Wahl zum Ehrenvorsitzenden der MIT Saar für sein 20jähriges Engagement als MIT-Landesvorsitzender geehrt. Zu Stellvertretern wurden Heinz König und Rainer Walle, zum Landesschatzmeister Michael Peter und zur Schriftführerin Christel Görgen gewählt. Dr. Helmut Scheidgen ist Pressereferent und Michael Gillen Organisationsleiter des MIT-Landesvorstands.

MIT Böblingen

Rudolf Preiß wurde als Kreisvorsitzender der MIT Böblingen wiedergewählt. Zu Stellvertretern wurden Hermann Ayasse, Hans-Dieter Schühle und Martiana Spazier gewählt. Für die Finanzen ist Willi Grießinger verantwortlich. Neu als Schriftführer wurde Michael Moroff gewählt. Dr. Erich Höpfer wird seine Arbeit als Pressesprecher fortsetzen. Den Vorstand komplettieren die zwölf Beisitzer.

MIT Landkreis Ludwiglust

Politisch engagierte Unternehmer aus dem Landkreis Ludwigslust haben in Hagenow einen neuen Vorstand der MIT gewählt. Nachdem der Kreisverband in den vergangenen Jahren inaktiv gewesen ist, wollen sich die Unternehmer jetzt aktiv in die Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik einbringen. Zum neuen Kreisvorsitzenden wurde der Bundestagsabgeordnete Dietrich Monstadt gewählt. Ihm zur Seite stehen Christian Geier, Rainer Kibelka und Norbert Muhlack als stellvertretende Vorsitzende sowie Guido Landsmann als Schatzmeister.

Der neue Vorstand der MIT Ludwigslust

MIT Meppen

Die MIT Meppen und ihr Kreisvorsitzender Günter Reisner konnten kürzlich Rainer Baumann als 350. Mitglied begrüßen. Rainer Baumann (Foto links) ist Mitinhaber des Autohauses Baumann & Behnen in Meppen-Esterfeld mit insgesamt zwölf fest angestellten Mitarbeitern.

MIT Werra-Meißner

Der MIT-Kreisverband Werra-Meißner hat einen neuen Vorstand und wurde damit erfolgreich reaktiviert. In der Mitgliederversammlung wurde Dr. Andreas Vogt zum Vorsitzenden, Alexander Frank zum stellvertretenden Vorsitzenden und Constance Cassel zur Schriftführerin und Schatzmeisterin gewählt. Beisitzer wurden Sebastian Loll und Gustav Paulussen. Die konstituierende Sitzung wurde vom Bezirksvorsitzenden MIT Osthessen Gerd Robanus geleitet.

MIT Wilhelmshaven

Als Meister der Zahlen präsentierte sich Niedersachsens Finanzminister Hartmut Möllring (Foto 2.v.l.) bei einem Besuch der MIT Wilhelmshaven-Friesland. In der Diskussion mit den Mittelständlern und Gästen verteidigte er seinen Sparkurs und vermittelte einen Einblick in die Haushaltszwänge des Landes. Die Mitglieder und Gäste der MIT Wilhelmshaven-Friesland zeigten sich zufrieden, dass die MIT einen Schwerpunkt darin sieht, Mittelständler und Interessierte direkt mit den politischen Entscheidungsträgern an einen Tisch zu bringen.

Altes Gewerbe

Jeder will die Schönste, der Klügste, der Schnellste oder der Reichste im Lande oder auf der Welt sein. Nur zähneknirschend und mit Verdruss ist man mit dem 2. Platz zufrieden.

Wenn jedoch Laudatoren einer bestimmten Berufsgruppe, einem den Menschen Nutzen bringendes Gewerbe lobhudeln, wird dieses oft als das „zweitälteste Gewerbe der Welt“ bezeichnet (z.B. Landwirte, Hirten, Soldaten, Gastwirte oder Seeleute).

Und alle Beteiligten sind stolz und halten sich und ihre Berufskollegen für unübertreffbar. Den sportlichen Ehrgeiz, den ersten Platz auf dieser „Best-of“-Liste zu übernehmen, hat keiner!

Hetären, Kurtisanen, Mätressen und Konkubinen und ihre entsprechenden Berufsnachfolgerinnen stellen, das ist wohl umgangssprachlich unumstritten, das älteste Gewerbe der Welt dar. Ich bezweifle das – ich kann mir einfach nicht vorstellen, dass die grobmotorisch hochbegabten Neandertalerinnen mit Lippenstift, Strapsen und Highheels vor der Höhle herumstaksten, um die Aufmerksamkeit der grunzenden Mammutjäger auf sich zu lenken.

Eher steht doch den Schamanen der Platz eins im Alt-Gewerbe-Ranking zu, denn mit dem Angebot an das Rudel: „Ich halte die bösen Geister fern und ihr füttert mich durch...“ war die Grundlage für die schönen Berufe Priester, Arzt und Psychologe gelegt. (Wobei die Psychologen schon längst zur Hölle gefahren wären, könnten sie nicht munter über die Kasse abrechnen!)

Dieses archaische Geben und Nehmen zur Arterhaltung haben Anthropologen nun auch auf den Inseln an deutschen Küsten entdeckt. Der dort hausende Kurkartenkontrolleur, ein weißbemützter, bräsiger, menschenähnlicher und humorloser Kontrollix hat sich auch von der Jungsteinzeit bis heute durchgeschummelt mit dem Versprechen: „Ich plündere die Badegäste aus und ihr füttert mich durch.“

Neuste Forschungsergebnisse verlautbaren, dass der Denghoog in Wenningstedt auf Sylt kein Hünengrab ist, wie vorschnell behauptet wurde, sondern eine prähistorische Kurkarten-Kontrolleurshütte.

Auch heimkehrende Jäger, die mit den erfolgreichen Sammlern die überschüssige Beute teilten und sich dadurch einen Mehrwert schufen, hatten sicher schon einen Gewerbeschein und waren Pflichtmitglied in der Handelskammer.

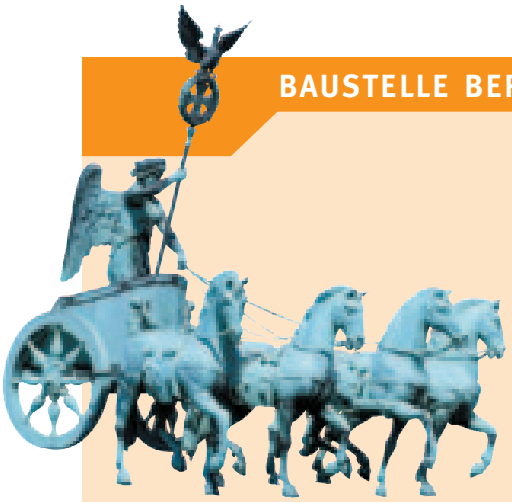
Mein Schwager Berthold bekommt von seiner Friseurin immer eine fingerspitzige Kopfmassage verpasst. Er hängt dabei mit verdrehten Augen im Sessel, stöhnt voller Wonne, gibt dann sehr befriedigt 20 Euro Trinkgeld und behauptet seitdem, dass Friseusen auch einem ziemlich alten Gewerbe angehören.

Ich persönlich bin ja der Meinung, dass der Lehrerberuf das älteste Gewerbe der Welt darstellt. Denn schon vor 13,7 Milliarden Jahren schallte der Ruf durchs All: „Ruhe im Universum - oder es knallt!!“

Sylter Spitzen

Seine neuen Satiren von der Goldstaubinsel hat Manfred Degen in dem Buch „Sylter Spitzen“ zusammengefasst. Sein Thema ist zwar immer wieder die Insel Sylt, aber die Charaktere, die er (über-) zeichnet und die Situationen und Gegebenheiten, die er persifliert, findet man auch anderswo.

Sylter Spitzen
192 Seiten, Broschur
8,95 Euro, ISBN 978-3-8319-0417-4
Verlag Ellert & Richter, Hamburg



BAUSTELLE BERLIN

Liebe MIT-Streiter,

mit einer beeindruckenden Rede hat Altbundeskanzler Helmut Kohl Anfang Oktober in Berlin an die Vereinigung der CDU Deutschlands vor 20 Jahren in Hamburg erinnert. Was er sagte, war zudem hochaktuell. Ich zitiere ein paar Sätze: „Der Kompass der CDU ist das christliche Menschenbild und das Verständnis seiner Verantwortung vor Gott." ... „Dass wir dem christlichen Menschenbild verpflichtet sind und einer Idee folgen statt einer Ideologie, macht uns in mancher Hinsicht freier und aufgeschlossener für Neues. Das müssen wir nutzen." ... „Wir wollen an Bewährtem festhalten und zugleich neue Weichen stellen, wir wollen, wo notwendig, unsere Politik anpassen und für Veränderungen werben."

Damit hat sich Helmut Kohl vor den Parteitagen von CSU und CDU mit gewichtigen Aussagen in die Konservativismus-Debatte eingeschaltet und all' jenen einen Dämpfer verpasst, die in der Union hastig und hektisch ihr Fähnchen am Wind des Wandels ausrichten (Kohl: „... das wir nicht beliebig werden und dem Zeitgeist folgen!"). Nicht von ungefähr haben wir in diesem Magazin dem Stichwort „konservativ" breiten Raum eingeräumt (ab Seite 3).

Die beiden Regionalkonferenzen der MIT in Hannover und Fürth haben gezeigt, wie sehr dieses Thema unsere Mitglieder und Funktionsträger in den Regionalverbänden unserer Vereinigung berührt. Ergebnis der intensiven Diskussionen sind rd. 30 Anträge zu Inhalt und Strategie der Regierungsarbeit der Union in Bund und Ländern. Dieses geballte Politik-Paket kann sich wirklich sehen lassen.

Es ist auch das Ergebnis einer lebhaften und ergebnisorientierten Arbeit unserer zahlreichen Arbeitskreise und Kommissionen, in denen Mitglieder und Abgeordnete mit großem Sachverstand Politikziele formulieren.

Berlin ist nicht nur Ziel hoher und höchster Staatsgäste, auch viele politisch interessierte Bürger aus aller Herren Länder besuchen die deutsche Hauptstadt. Vielfach auf eigene Faust, manchmal betreut von der Konrad-Adenauer-Stiftung, die rund um die Welt vertreten ist oder von der CDU-Parteizentrale. Immer häufiger wird auch die MIT und ihre Bundesgeschäftsstelle ins Besuchs- und Gesprächsprogramm mit einbezogen, denn das Wort „Mittelstand" hat längst auch im englisch-amerikanischen Sprachraum ein Synonym: „Middlestand".

Wir freuen uns über jeden jungen Menschen, der zu uns stößt, diesmal ist die Freude besonders groß: Philipp Mißfelder, der Bundesvorsitzende der Jungen Union, seit Jahren Mitglied der MIT, wurde zum Vorsitzenden des MIT-Bezirks Ruhrgebiet gewählt. Der in Recklinghausen beheimatete CDU-Bundestagsabgeordnete ist auch kooptiertes Mitglied im Präsidium unserer Vereinigung.

baustelle@mittelstand-deutschland.de

DER AUTOR

Hier schreibt MIT-Hauptgeschäftsführer Hans-Dieter Lehnen

IMPRESSUM Mittelstands Magazin

Herausgeber
Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, vertreten durch den Bundesvorsitzenden Dr. Josef Schlarmann und den Hauptgeschäftsführer Hans-Dieter Lehnen, Charitéstraße 5, 10117 Berlin

Verlag
GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH
Geschäftsführer Günter F. Kohl
Gärtnerkoppel 3
24259 Westensee
Telefax: 04305 / 992 993
E-Mail: info@mitmagazin.com
www.mitmagazin.com

Chefredakteur
Günter F. Kohl (G.K.)
E-Mail: gk@mitmagazin.com

MIT-Inside
Astrid Jantz (aj)
Telefon: 0 30/22 07 98-16, Telefax: 22 07 98-22
E-Mail: jantz@mittelstand-deutschland.de

Redaktion Recht
Wolf-Dietrich Bartsch, Rechtsanwalt und Notar
rechtsfragen@mitmagazin.com

Titelfoto
Pitopia

Anzeigen
GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH
Gärtnerkoppel 3, 24259 Westensee
Brigitte Kohl
Telefon: 04305 / 992 995, Fax 04305 / 992 993
E-Mail: anzeigen@mitmagazin.com

Anzeigenverkauf
Verlagsvertretung Getz,
Nielsen I, II, VI , VII
Telefon: 02205 /8 61 79, Fax 02205 /8 56 09
S&K Medienvertretung, Peter Seuß,
Nielsen III a, III b, IV, V
Telefon: 06261 / 92 340, Fax 06261 / 92 34 20

Satz und Layout
Walter Katofsky, Kiel
Telefon: 0431 / 54 22 44, Telefax: 0431/ 260 35 66
E-Mail: wk@mitmagazin.com

Druck
Evers-Druck GmbH
Ernst-Günter-Albers-Straße, 25704 Meldorf

Bezugsbedingungen
MIT MittelstandsMagazin erscheint zehnmal jährlich. Der Jahresbezugspreis beträgt 40,– € incl. 7 % Mehrwertsteuer.
Die Kündigung des Abonnements ist jeweils mit einer Frist von sechs Wochen zum Jahresende möglich.
Für Mitglieder der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU ist der Bezug des MIT-Magazins im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Schadensersatz.

ISSN 0932-3325
Copyright für den gesamten Inhalt: GK Mittelstands Magazin Verlag GmbH, Nachdrucke und Internet-Links nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Verstöße dagegen sind Urheberrechtsverletzungen und lösen Schadenersatzforderungen aus.

IVW-geprüft Auflage: 40.500

Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e. V. (IVW)

ANZEIGE

NEU

Für alle Sylt-Liebhaber!

Das klassische Insel-Magazin

- Informativ
- Kritisch
- Unabhängig

Mit schönen Geschichten - hinreißenden Fotos - packenden Tierreportagen.

Mit einem tiefen Blick in die Töpfe der Sylter Sterne-Köche.

Mit Berichten über Künstler und Komiker, Prominentes und Provinzielles, Neues und Traditionelles.

Mit einem Extra-Freizeit-Magazin: ... für die Westentasche mit Hunderten von Tipps ...

Erhältlich überall auf der Insel und in 4.000 Verkaufsstellen in Deutschland.
E-Mail: bestellung@syltmagazin.de · www.syltmagazin.de

Bestellen Sie Ihr persönliches Sylt Magazin zur informativen und stimmungsvollen Vorbereitung auf Ihren Sylt-Urlaub.

Sylt Magazin
Gärtnerkoppel 3
24259 Westensee

Ich bestelle das Sylt Magazin 2010

Name: _____ Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ: _____ Wohnort: _____

Ich lege 10,- Euro in Briefmarken bei. (Heftpreis + Versandkosten)

Deutsche Post DHL – The Mail & Logistics Group

IN GANZ EUROPA ZU HAUSE – DHL EXPRESS.

Für pünktliche Lieferungen sind gute Ortskenntnisse unabdingbar. Als Pioniere des internationalen Express-Service verfügen wir neben einem einmaligen Netzwerk auch über umfassendes Wissen in den Ländern und in der Zollabwicklung. Darum können wir eine Zustellung vor 12:00 an die meisten Geschäftsadressen in Europa anbieten. Und das zu fairen Preisen.

Nutzen Sie unsere Sonderkonditionen für den internationalen Express-Versand und sparen Sie bis zu 50 %*.
simplydhl.com/germany

EXCELLENCE. SIMPLY DELIVERED.

DHL EXPRESS

* Sonderkonditionen gelten bei Abschluss der Vereinbarung bis 31.12.2010. Das Angebot gilt für die Produkte DHL EXPRESS 9:00, 12:00, WORLDWIDE sowie DHL EXPRESS ENVELOPE. Die Preisersparnis bezieht sich auf den jeweils aktuellen Listenpreis und ist abhängig von Produkt, Bestimmungsland und Sendungsaufkommen. Weitere Informationen finden Sie unter simplydhl.com/germany.